



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 3

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE

N. 3

---

vom 09.01.2014

---

del 09/01/2014

Präsidentin  
Vizepräsident

Dr.<sup>in</sup> Martha Stocker  
Dr. Roberto Bizzo

Presidente  
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 3

---

vom 09.01.2014

**Inhaltsverzeichnis**

Wahl des Landeshauptmannes/der Landeshauptfrau.  
.....Seite 1

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE

N. 3

---

del 09/01/2014

**Indice**

Elezione del/della Presidente della Provincia. . . . .  
..... pag. 1

**Vorsitz der Präsidentin | Presidenza del presidente: Dr.<sup>in</sup> Martha Stocker**

**Ore 10.05 Uhr**

*Namensaufruf - appello nominale*

**PRÄSIDENTIN:** Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach der genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, (hinterste Bankreihe) zur Verfügung.

Für die heutige Sitzung hat sich der Abgeordnete Urzi entschuldigt.

Im Sinne von Artikel 20 der Geschäftsordnung teile ich hiermit mit, dass sich innerhalb der vorgesehenen Fristen im Südtiroler Landtag folgende Fraktionen gebildet und die aus mehr als einem/einer Abgeordneten bestehenden Fraktionen die entsprechenden Vorsitzenden namhaft gemacht haben:

<b>FRAKTION</b>	<b>VORSITZENDER</b>
<i>Südtiroler Volkspartei</i>	<i>Dr. Arno Kompatscher (bis zum 29.12.2013) Dr. Dieter Steger (ab 30.12.2013)</i>
<i>Die Freiheitlichen</i>	<i>Pius Leitner</i>
<i>Grüne Fraktion – Gruppo Verde – Grupa Vërda</i>	<i>Dr. Riccardo Dello Sbarba</i>
<i>Süd-Tiroler Freiheit</i>	<i>Sven Knoll</i>
<i>Partito Democratico – Demokratische Partei</i>	<i>dott. ing. Roberto Bizzo</i>
<i>Team Autonomie</i>	<i>Elena Artioli</i>
<i>Movimento 5 stelle – 5 Sterne Bewegung – Moviment 5 Steiles</i>	<i>Paul Köllensperger</i>
<i>Bürgerunion – Ladins Dolomites – Wir Südtiroler</i>	<i>Andreas Pöder</i>
<i>L'Alto Adige nel cuore</i>	<i>Alessandro Urzi</i>

Ich darf nun noch die Gelegenheit nutzen, Sie alle ganz herzlich zur heutigen Sitzung zu begrüßen. Es ist eine ganz besondere Sitzung, die wir heute erleben. Eine Ära ist zu Ende gegangen, ein neuer Abschnitt beginnt. Wir haben ganz große Herausforderungen zu bestehen, und zwar alle gemeinsam. Mich freut es sehr, dass heute Vertreterinnen und Vertreter des öffentlichen Lebens, Wegbegleiterinnen und Wegbegleiter unseres neuen Landeshauptmannes, aber auch Menschen, die an der politischen Zukunft dieses Landes interessiert sind, hier sind und uns in dieser wichtigen Sitzung begleiten.

Ein herzliches Dankeschön ergeht auch an die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die dieses Ereignis mit soviel Aufmerksamkeit verfolgen. Ich bin mir sicher, dass auch sie um die Verantwortung der Berichterstattung über das politische Geschehen in den nächsten Jahren Bescheid wissen.

Ich freue mich auch sehr darüber – das ist Ausdruck einer ganz besonderen Verbundenheit -, dass auch der Präsident des Tiroler Landtages, DDr. Herwig van Staat, unter uns weilt. Vielen herzlichen Dank für den Ausdruck dieser Verbundenheit.

Ich will das Ganze jetzt nicht überstrapazieren, denn ich denke nicht, dass Sie darauf gewartet haben, eine Rede von mir zu hören. Sie warten alle gespannt auf die Ausführungen des immer noch, aber nicht mehr lange designierten Landeshauptmannes, der Ihnen bereits im Vorfeld einen Entwurf des Regierungsprogramms übermittelt hat.

Ich darf Ihnen nun ersuchen, an das Rednerpult zu kommen.

**Einziger Punkt der Tagesordnung: "Wahl des Landeshauptmannes/der Landeshauptfrau".**

**Unico punto dell'ordine del giorno: "Elezione del/della Presidente della Provincia".**

**KOMPATSCHER (SVP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete zum Südtiroler Landtag, egregia Presidente, stimati Consiglieri Provinciali. Am 30. Dezember 2013 haben die Fraktionen der Südtiroler Volkspartei und des Partito Democratico – Demokratische Partei eine Regierungserklärung hinterlegt, in welcher sie mich als Kandidaten für das Amt des Landeshauptmanns namhaft gemacht haben. Grundlage für diese Regierungserklärung ist das Koalitionsabkommen, das die Südtiroler Volkspartei und der Partito Democratico-Demokratische Partei am selben Tag unterzeichnet haben. Dieses Koalitionsabkommen ist gleichzeitig auch die Grundlage für das Regierungsprogramm, das ich im Falle meiner Wahl noch heute, wie von der Geschäftsordnung vorgesehen, hinterlegen werde.

Geschätzte Vorsitzende der Landtagsfraktionen, ich bedanke mich an dieser Stelle für Ihre Entscheidung, dass ich die Regierungserklärung bzw. das noch zu hinterlegende Regierungsprogramm an dieser Stelle kurz erläutern darf bzw. soll, obwohl das von der geltenden Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages eigentlich nicht ausdrücklich vorgesehen wäre. Ich denke aber, dass es wichtiger und besser ist, wenn Sie Ihre Entscheidung, ob Sie mir Ihre Stimme geben oder nicht, aufgrund des geplanten Regierungsprogramms fällen und nicht aufgrund meines Aussehens oder meiner Frisur.

Das Regierungsprogramm für die XV. Legislaturperiode, das Ihnen gemeinsam mit der Niederschrift meiner Erläuterungen in deutscher und italienischer Sprache vorliegt, rückt die einzelne Bürgerin und den einzelnen Bürger als Gesellschaft in all ihren Facetten in den Mittelpunkt. An deren Bedürfnissen wollen wir unsere Ziele und unser Handeln ausrichten. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern dabei wieder mehr Freiraum, aber auch die Möglichkeit zur Wahrnehmung einer größeren Eigenverantwortung einräumen. Dasselbe gilt für Vereine, Verbände, Interessensvertretungen und Unternehmen, welche auch Plattformen bzw. Ausdruck von Initiative, Willensäußerung und Konsensfindung in der Südtiroler Gesellschaft sind. Wir sollten uns dessen bewusst sein, dass die Politik nicht alle Probleme eines oder einer jeden einzelnen lösen kann. Das sollten wir den Menschen auch nicht vormachen. Wir können den Bürgerinnen und Bürgern die wichtigen Lebensentscheidungen nicht abnehmen, dürfen und wollen das auch gar nicht. Wir haben aber die Aufgabe und die Pflicht, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit eigenverantwortliches Handeln möglich wird und die Menschen in diesem Land unabhängig von ihrem Stand, ihrem Geschlecht, ihrer Veranlagung oder ihrer Herkunft selbst Schmiede ihres Glücks werden können. Dafür wollen wir arbeiten, auch im Bewusstsein, dass materieller Wohlstand allein noch nicht mit Wohlbefinden gleichzusetzen ist, dass immer mehr oft noch keine ausreichende Antwort ist. Zielsetzung all unseres politischen Handelns ist somit eine gerechte Gesellschaft, in der Solidarität und Subsidiarität gelebt werden.

Die Frage, was dafür alles zu tun ist, kann aus heutiger Sicht gewiss nicht völlig abschließend beantwortet werden. Das knapp 50 Seiten umfassende Regierungsprogramm enthält zwar jede Menge Schwerpunkte, Zielsetzungen und Maßnahmen in den unterschiedlichen Politikfeldern, im Laufe der Legislaturperiode werden jedoch neue Entwicklungen eintreten bzw. weitere Herausforderungen hinzukommen, die zusätzliche bzw. andere Maßnahmen notwendig machen werden. Die Antwort auf die Frage, wie wir das tun wollen, gilt aber für jeden Fall: Wir verpflichten uns zu vollständiger Offenheit und zur Kooperationsbereitschaft mit allen Landtagsfraktionen sowie den Institutionen und öffentlichen Interessensvertretungen. Wir wollen den Landtag aufwerten und Südtirols Bürgerinnen und Bürger wieder stärker an den Entscheidungsprozessen beteiligen, um den Herausforderungen in unserem Land bestmöglich begegnen zu können.

Nun möchte ich die wichtigsten Schwerpunkte des Regierungsprogramms kurz erläutern. Eine umfassende Darstellung sämtlicher Zielsetzungen und Maßnahmen würde den gebotenen Rahmen bei weitem sprengen. Falls erwünscht, bin ich im Rahmen der nachfolgenden Debatte selbstverständlich gerne bereit, auf diesbezügliche Fragen zu antworten und einzelne Zielsetzungen bzw. geplante Maßnahmen auch im Detail zu erläutern.

In dieser Legislaturperiode muss das Thema Beschäftigung erstmals seit langem wieder in den Mittelpunkt der Südtiroler Politik rücken. Nach Jahren der Vollbeschäftigung hat nun die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten oberste Priorität, wobei wir das Ergebnis nicht allein an der Zahl der neuen Arbeitsplätze messen wollen, sondern auch an deren Qualität.

Nachdem der öffentliche Dienst nicht mehr wie bisher als Puffer für den Arbeitsmarkt dienen kann, gilt es Maßnahmen zu setzen, die den Wirtschaftsstandort Südtirol und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen stärken. Die einzelnen Vorhaben wollen wir im stetigen Austausch mit allen Landtagsfraktionen und den Sozialpartnern umsetzen, um den Maßnahmen ein möglichst breites Fundament zu geben. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit, will ich Ihnen nun einige der geplanten wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Maßnahmen nennen:

Steuerliche Entlastung wollen wir durch weitere Senkungen der IRAP - allerdings bei gleichzeitiger Kürzung bzw. Streichung von Gießkannenbeiträgen - ebenso wie durch die Nutzung der neuen Spielräume im Bereich der kommunalen Immobiliensteuer erreichen. Die neue primäre Gesetzgebungsbefugnis im Bereich der kommunalen Abgaben und Steuern ist ein autonomiepolitischer Meilenstein! Es liegt nun an uns, sehr verehrte Damen und Herren, dieser Verantwortung gerecht zu werden und durch das zu verabschiedende Landesgesetz eine größere Rechtssicherheit, Klarheit und Berechenbarkeit, vor allem aber auch eine größere Gerechtigkeit zu schaffen, in dem wir Gleiches gleich und Ungleiches ungleich behandeln. Ich denke in diesem Zusammenhang beispielweise an einheitliche Definitionen, einen einfacheren Berechnungsmodus und die Entlastung der gewerblich genutzten Immobilien, wobei wir aber gleichzeitig den Grundwohnbedarf steuerfrei halten wollen.

Die Entlastung muss vor allem aber auch im Bereich der Bürokratie erfolgen, und dies wird wohl die größte Herausforderung, der wir uns als Gesetzgeber ebenso wie als Verwalter stellen müssen. Die diesbezüglich geplanten Maßnahmen reichen von einem Bürokratie- und Folgekostencheck im Bereich der Gesetzgebung über den Ausbau des e-Governments bis hin zu Verfahrensvereinfachungen auf allen Ebenen und einem schrittweisen Rückzug der öffentlichen Verwaltung aus einzelnen Sektoren.

Im Bereich der Förderungen wollen wir noch mehr auf Schwerpunktförderung in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Export setzen, wobei diese zunehmend über Darlehen aus Rotationsfonds und weniger über Kapitalbeiträge erfolgen soll; auch im Bewusstsein, dass eine der größten Wachstumschancen der heimischen Wirtschaft und Landwirtschaft im Megatrend hin zu mehr Regionalität und Authentizität liegt, dass also die lokalen Kreisläufe wo immer möglich weiter gefördert werden müssen. Gerade auch deshalb wollen wir unmittelbar nach Erlass der europäischen Vergaberichtlinien gemeinsam mit Ihnen, verehrte Abgeordnete, ein Südtiroler Vergabegesetz erarbeiten, das alle Spielräume zur Förderung lokaler Wertschöpfung und regionaler Kreisläufe ausschöpft.

In besonderer Weise wollen wir auch im ländlichen Raum qualitativ hochwertige Arbeitsplätze erhalten bzw. soweit möglich neue schaffen. Dazu ist es unter anderem auch notwendig, die Infrastruktur des Landes zu vervollständigen, wo diese noch Lücken aufweist - ich denke in diesem Zusammenhang insbesondere an das Breitbandnetz - und Dienste der öffentlichen Verwaltung dezentral anzubieten.

Derzeit gilt der aktuell angespannten Arbeitsmarktsituation die volle Aufmerksamkeit. Längerfristig wird aufgrund des demographischen Wandels aber eine möglichst umfassende Übereinstimmung von Arbeitsangebot und -nachfrage die größte Herausforderung sein. Die Schlüsselrolle weisen wir dabei dem Bildungssystem sowie der Berufsorientierung und -beratung zu. Deshalb wollen Schule und Arbeitsmarkt enger zusammenspannen, so dass die Erkenntnisse aus der Arbeitswelt stetig in das Schul- und Bildungssystem einfließen und der Ausbildung in den praktischen Fächern und Berufen mehr Gewicht beigemessen wird.

Das duale Ausbildungssystem soll weiter aufgewertet werden indem wir vom Staat die vollen Zuständigkeiten einfordern und gleichzeitig alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Betriebe zu entlasten, die Lehrlinge einstellen.

Bildung ist jedoch nicht nur der Schlüssel zum beruflichen Erfolg, sondern ist generell eine Grundvoraussetzung für Chancengleichheit und ein selbstbestimmtes Leben.

Damit die hohe Qualität der Südtiroler Bildungslandschaft erhalten und weiterentwickelt werden kann, wollen wir im Rahmen der Weiterentwicklung unserer Autonomie die volle Bildungshoheit, also die primäre Zuständigkeit im Bereich Schule und Bildung anstreben. Dies wird es uns ermöglichen, besser auf die Bedürfnisse und spezifischen Anforderungen der Schule einzugehen, wobei durch eine vollständige Übernahme des Lehrpersonals gleichzeitig auch die Zuständigkeit für die Ausbildung der Lehrpersonen sowie für Wettbewerbe und Zugangsvoraussetzungen übertragen werden muss. Die Koalitionspartner werden diesbezüglich unmittelbar Verhandlungen mit der italienischen Regierung aufnehmen.

Im Mittelpunkt der Bildungspolitik der kommenden fünf Jahre wird auch die Stärkung der Sprachkompetenzen der Südtirolerinnen und Südtiroler stehen. Oberste Priorität wird dabei weiterhin der Qualitätssicherung in der Muttersprache eingeräumt, und zwar sowohl im Unterricht der Kinder und Jugendlichen als auch in der Ausbildung der Lehrpersonen.

Genauso erachten wir es für notwendig, weitere erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung der Kenntnisse in der Zweitsprache zu unternehmen, und zwar durch Maßnahmen gegen den Mangel an Lehrkräften, zur Erhöhung der didaktischen Kontinuität, zur Erhöhung der Effizienz des Unterrichts und zur Qualitätssicherung sowie zur Verbesserung der Ausbildung der Zweitsprachenlehrpersonen. Gleichzeitig soll der Schüleraustausch zwischen deutscher, italienischer und ladinischer Schule in der Oberstufe erleichtert werden. Zusätzlich sollen die außerschulischen Angebote zur Sprachförderung einen besonderen Schwerpunkt darstellen indem beispielsweise

auch vermehrt Projekte zur Begegnung zwischen den Kindern und Jugendlichen der verschiedenen Sprachgruppen innerhalb der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino gefördert werden.

In Umsetzung von Zielsetzungen zur Mehrsprachigkeit soll auch der Sachfachunterricht in der Zweitsprache bzw. in einer Fremdsprache (CLIL) verstärkten Eingang in die Oberstufe finden, jedoch unter zwingender Wahrung des in Artikel 19 des Autonomiestatutes festgelegten muttersprachlichen Prinzips.

Die Lehrkräfteausbildung wollen wir als Euregio-Kooperationsprojekt zwischen den Universitäten Bozen, Trient und Innsbruck auf eine neue Grundlage stellen.

Schule muss so gestaltet werden, dass sie den Lernrhythmen der Schülerinnen und Schüler sowie den Lebens- und Arbeitsbedingungen der Familien entgegenkommt. Dies muss für eine Weiterentwicklung des Schulkaenders genauso gelten wie für eine Überprüfung des notwendigen und den Kindern und Jugendlichen zumutbaren Schulstundenkontingentes.

Durch eine moderne und effiziente Bildungsorganisation und Verwaltung müssen die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass sich Schule wieder vermehrt ihrer eigentlichen Kerntätigkeit, dem Unterricht, der Vermittlung und der pädagogischen Planung widmen kann. Wir streben die Verschlinkung der Schulverwaltung an, indem die Personal- und andere Verwaltungen der drei Schulämter und der verschiedenen Berufsbildungsinstitutionen verstärkt zusammengefasst werden.

Nicht zuletzt wird es eine zentrale Aufgabe der kommenden Jahre sein, eine verbesserte Abstimmung innerhalb des Bildungssystems des Landes zu erzielen, insbesondere was die Bildung außerhalb der klassischen Schulwelt betrifft. Dazu zählt in besonderer Weise die Zusammenarbeit mit den Musikschulen sowie mit schulexternen Organisationen, z. B. Sportvereinen oder Jugendarbeit.

Mir persönlich erscheint eines besonders wichtig: sämtliche angestrebte Reformen im Bildungsbereich müssen in einem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang gesehen werden und partizipativ und frühzeitig erarbeitet werden, sodass der Schulwelt ausreichend Zeit zum Nachvollziehen und Umsetzen bleibt.

Besondere Schwerpunkte wollen wir in dieser Legislaturperiode auch in der Familienpolitik setzen. Die Koalitionspartner verpflichten sich deshalb, alle Maßnahmen zu ergreifen, um für Familien fördernde Rahmenbedingungen zu schaffen und Familienpolitik als Querschnittsaufgabe zu sehen, die weit mehr umfasst als die Kinderbetreuung oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, also auch auf Bereichen wie Steuer- und Tarifpolitik, Raumordnung, Wohnbau, Mobilität usw. fußt.

Dies kommt unter anderem auch durch die Schaffung eines eigenen Familienressorts zum Ausdruck, welches alle familienpolitischen Maßnahmen in Absprache mit den Sozialpartnern und der neuen Familienagentur umsetzt und gemeinsam mit dieser alle Maßnahmen, die der Südtiroler Landtag oder die Landesregierung auch in anderen Politikbereichen setzen, zuvor auf ihre Familientauglichkeit hin überprüft. Insbesondere ist es unser Ziel, den Elternschutz bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern anzunähern sowie Maßnahmen zu setzen, die der Wahlfreiheit zwischen Kinderbetreuung zu Hause und in verschiedenen Kinderbetreuungsangeboten förderlich sind. Ebenso streben wir eine bessere Lösung für die rentenrechtliche Anerkennung von Erziehungszeiten an und wollen gleichzeitig arbeitenden Eltern die Garantie zu geben, dass ihre Kinder während ihrer Arbeitszeit bestmöglich betreut werden.

Von zentraler Bedeutung bleibt natürlich, dass die ökonomische Basis für Familiengründung sichergestellt wird, also leistbarer Wohnraum, Arbeit und Einkommen. Neben neuen Akzenten in der Wohnbaupolitik und den bereits beschriebenen Maßnahmen im Bereich Arbeit und Wirtschaft wollen wir auch die Kaufkraft – insbesondere jene der Familien stärken –, indem wir beim Zuschlag zur Einkommenssteuer IRPEF an die Einführung einer no tax area, also eines steuerfreien Bereiches bis 20.000 Euro für alle Einkommensbezieher denken und gleichzeitig die Kinderfreibeträge beibehalten. Dies wird zu einer spürbaren Entlastung insbesondere auch des arg gebeutelten Mittelstandes führen und natürlich zu einer Stärkung der Kaufkraft, was wiederum allen Wirtschaftssektoren zugute kommen wird.

Ein besonderes Augenmerk wollen wir bei der Gestaltung unserer Politik den Kindern und Jugendlichen schenken und für ihren individuellen Gestaltungsdrang genügend Raum schaffen, damit aus der jugendlichen Zuversicht von heute der gefestigte Erfolg von morgen werden kann. Dabei wollen wir insbesondere das jugendliche Ehrenamt stärken und den Übergang von der Bildungs- in die Arbeitswelt für junge Menschen unter anderem durch Förderung von Praktika oder durch das Modell des Generationenvertrags im öffentlichen Dienst erleichtern. Unsere Entscheidungen wollen wir grundsätzlich auch unter dem Aspekt der Generationengerechtigkeit abwägen, indem die langfristigen Belastungen für die künftigen Generationen möglichst gering gehalten werden.

Der demographische Wandel bringt mit sich, dass den Jungen immer mehr ältere Menschen gegenüber stehen. Es geht uns nicht nur darum, die Lebensleistung älterer Menschen anzuerkennen, sondern auch um Wege, ihre große Lebenserfahrung für die Gemeinschaft zu nutzen. Ältere Menschen verdienen nicht nur die Wertschätzung ihrer nach wie vor vorhandenen Leistungsbereitschaft, sondern auch ein Altern in Würde und Selbstbestimmung. Bei den im Regierungsprogramm angeführten Maßnahmen geht es um eine altersgerechte Arbeitswelt ebenso wie um die Anhebung der Mindestrenten Alleinstehender ohne Vermögen und Einkommen oder um altersgerechte Wohn- und Lebensmodelle und die Sicherung der Mittel für die Pflegesicherung.

In Südtirol leben derzeit rund 43.000 Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft. Der Ausländeranteil an der Bevölkerung beträgt damit etwa 8,3 Prozent. Die Zuwanderer stammen aus 136 verschiedenen Nationen, größtenteils aus Europa, sind relativ jung und leben vorzugsweise in den Ballungszentren. Es gilt nun, die Grundlagen für eine bestmögliche Integration der neuen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu schaffen. Das ist eine ebenso politische wie gesellschaftliche Aufgabe und zudem eine Aufgabe für jeden Einzelnen von uns. Diese lösen wir nicht, indem wir Ängste schüren oder Stimmung gegen Ausländer machen, aber genauso wenig indem wir die Augen vor tatsächlich vorhandenen Problemen verschließen. Für alle Beteiligten gelten Toleranz, Offenheit und das Wahren von Rechten und Pflichten als Richtschnur des Handelns.

Der Schlüssel zur Integration liegt in der Sprachkenntnis. Deshalb wollen wir das Angebot an Sprachvermittlung und -förderung, aber auch zur Vermittlung von Wissen über unser Land, dessen Geschichte, Traditionen und Eigenheiten ausbauen und gegenüber Zuwanderern auch die Forderung nach einem Willen zur Integration erheben, indem bestimmte Unterstützungsleistungen auch vom Einsatz etwa beim Erlernen der Landessprachen abhängig gemacht werden sollen.

Den Integrationsbeauftragten auf Gemeinde- und Bezirksebene wollen wir inhaltlich und methodische Hilfeleistungen für die Integrationsarbeit vor Ort bieten und die gesellschaftliche Partizipation von Einwanderern auch durch Förderung von Engagement in ehrenamtlichen Vereinen unterstützen. Die Rolle der Sprachzentren und Kulturvermittler in Kindergärten und Schulen müssen eine besondere Unterstützung erfahren, um Kindern den raschen Spracherwerb beim Einstieg in unsere Bildungswelt zu ermöglichen.

Nachdem die finanzielle Unterstützungen für Käufer und Mieter von Wohnungen nicht zuletzt auch einen Anstieg der Preise und Mieten zur Folge hatten, wollen wir im Bereich des Wohnbaus künftig verstärkt auf die Angebotsseite einwirken, sodass das Angebot an Wohnungen auf dem Miet- und Kaufmarkt steigt und folglich Mieten und Preise sinken. Das erreichen wir unter anderem, indem wir die Kontrollen zur Einhaltung der gesetzlichen Nutzungsbeschränkung – Konventionierung – verstärken, aber auch indem wir steuerliche Maßnahmen setzen - ich denke hier insbesondere an die bereits erwähnte neue Gemeindeimmobiliensteuer –, die jene begünstigen, welche Einheimischen Wohnungen zur Verfügung stellen, und jene stärker zur Kasse bitten, welche Wohnungen leer stehen lassen bzw. als Freizeit- und Zweitwohnungen nutzen. Wir wollen gleichzeitig weitere Maßnahmen setzen, die die Nutzung, den Ausbau und die Wiedergewinnung von bestehendem Wohnvolumen der Ausweisung neuer Wohnflächen vorziehen und in diesem Zusammenhang auch die Förderungen fortführen, die es bereits derzeit für Sanierung, Wiedergewinnung und energetische Sanierung gibt.

Die Aufgabe, die Schwächeren in der Gesellschaft zu stützen, ist ein Wesensmerkmal einer solidarischen Gemeinschaft und die Klammer, die sie zusammenhält. Niemand soll zurückbleiben, niemand darf alleine gelassen werden. Wir werden uns in dieser Legislaturperiode dafür einsetzen, das soziale Netz weiter zu verbessern und den Herausforderungen der Zukunft anzupassen. Wir kommen nicht umhin, die Sozialausgaben auf ihre Effizienz zu überprüfen und – wo nötig und dank neuer Ideen und Instrumente möglich – auch deren Treffsicherheit zu erhöhen. Klar ist, dass die öffentliche Hand diese Aufgabe nicht alleine stemmen kann. Sie muss auf das Solidaritäts- und Verantwortungsbewusstsein der Bürger zählen können. Ziel ist ein Sozialsystem, das nicht ausschließlich auf Transferleistungen aufbaut, sondern die Fähigkeiten des Einzelnen unterstreicht und ihn in diesen unterstützt.

Die öffentliche Hand kann weder die Familie ersetzen, noch ist sie alleiniger Träger des Sozialsystems, dessen Leistungen vielmehr auch von Genossenschaften, Vereinigungen, Privaten, Ehrenamt und Stiftungen übernommen werden. Das Subsidiaritätsprinzip soll damit nicht nur bei der Organisation der Dienste gelten, sondern auch für Anregungen zur Weiterentwicklung. Ziel der im Regierungsprogramm im Detail angeführten Maßnahmen ist eine bedarfsgerechte Mindestsicherung, die eine Befriedigung der Grundbedürfnisse jedes einzelnen Bürgers vor Augen hat und gleichzeitig eine hohe Treffsicherheit aufweist, sodass Missbräuche weitestgehend ausgeschlossen werden können.

Damit unser Gesundheitssystem auch den neuen Herausforderungen der Zeit gewachsen sein kann, muss es angepasst werden, und zwar an den demographischen Wandel, an die epidemiologischen Veränderungen, an



die geänderten Lebensgewohnheiten bei Bewegung und Ernährung, an die sozialen Herausforderungen in Bezug auf post-akute Behandlung und Pflege kranker und älterer Menschen sowie an den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt im klinischen wie im Pflegebereich. Im Mittelpunkt stehen dabei selbstverständlich der Mensch und dessen Gesundheit und nicht die Krankheit. Die Gesundheit muss im Netzwerk aus Allgemeinmedizin und Krankenhäusern geschützt und vor allem im Sinne eines eigenverantwortlichen Verhaltens auch präventiv gefördert werden, wobei der sportlichen Ertüchtigung und der gesunden Ernährung in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zukommt.

Die geplanten Maßnahmen reichen von einer neuen Aufgabenverteilung zwischen den einzelnen Partnern im Gesundheitssystem, hinsichtlich einer wohnortnahen, bedarfsgerechten und hochwertigen medizinischen Versorgung durch eine Stärkung der Basismedizin und durch eine effiziente digitale Vernetzung bis zur Optimierung der Verwaltung des Sanitätsbetriebes. Das Regierungsprogramm enthält in diesem Zusammenhang auch ein klares Bekenntnis zum Fortbestand der sieben Krankenhäuser.

Die Autonomie Südtirols fußt auf unserer kulturellen Identität. Kultur sorgt für Identifikation und Sinnstiftung. Eine Investition in die Kultur kommt somit einer Investition in die Entwicklung der Gesellschaft und zugunsten der Aufwertung des Landes gleich. Auch dank der Tätigkeit zahlloser Vereine und Verbände, die wir weiterhin fördern wollen, hat die Südtiroler Kulturlandschaft in den vergangenen Jahren eine enorme Entwicklung durchgemacht, sodass die kulturelle Identität heute auf einer soliden Basis ruht. Deshalb stimmen die Koalitionspartner in der Einschätzung überein, eine neue Phase der kulturellen Entwicklung einzuläuten, indem wir noch mehr in kreative Köpfe und weniger in Mauern und Infrastrukturen investieren wollen. Wir wollen auch einen Euregio-Kulturplan erarbeiten, um in besonderer Weise den Austausch zwischen den Kulturlandschaften Südtirols, Tirols und des Trentino zu fördern. Wir sind überzeugt, dass wir überregionale, europäische Strahlkraft auch und gerade durch die Weiterentwicklung unserer traditionellen Volkskultur erreichen können.

An dieser Stelle, sehr geehrte Damen und Herren, will ich aber auch eine Lanze für das Ehrenamt im Allgemeinen brechen. Ich denke, wir stimmen darin überein, dass ein Merkmal, das Südtirol von anderen Ländern unterscheidet, die kapillare Verteilung von ehrenamtlichen Vereinigungen in den Bereichen Soziales, Religion, Umwelt, Kultur, Sport und Zivilschutz ist. Vier Ehrenamtliche auf zehn Einwohner sind der beste Beweis dafür, wie sehr sich die Südtirolerinnen und Südtiroler für die Gemeinschaft einbringen und somit zu gesellschaftlicher Interaktion und zur Erhöhung der allgemeinen Lebensqualität beitragen. Im Regierungsprogramm bekennen wir uns daher ausdrücklich zur Unterstützung und weiteren Aufwertung der ehrenamtlichen Organisationen, auch indem Vereine und Verbände entlastet und bürokratische Verfahren erleichtert und ehrenamtlich Vorsitzende im Hinblick auf ihre zivilrechtliche Verantwortung besser abgesichert werden.

Die Südtiroler Natur- und Kulturlandschaft ist ein Erbe, das es zu bewahren gilt. Es ist bisher gelungen, auch das Berggebiet als Lebensraum zu erhalten und dank einer vorsichtigen Entwicklung Wohlstand und Nachhaltigkeit zu sichern. Dem ländlichen Raum soll daher mit gezielten strukturellen Maßnahmen auch weiterhin eine ausgeglichene Entwicklung ermöglicht werden. Dazu zählen Maßnahmen zur Erhaltung der Nahversorgung, angefangen beim Dorfladen, und der Förderung der Wohn-, Arbeits- und Wirtschaftsmöglichkeiten in peripheren Gebieten, insbesondere auch im Tourismussektor, auch durch einen stetigen Ausbau und eine Verbesserung der Infrastruktur ebenso wie eine gezielte Unterstützung der Berglandwirtschaft, wobei ein Hauptaugenmerk der Qualität der landwirtschaftlichen Produkte und der Förderung von Zu- und Nebenerwerbsmöglichkeiten gilt.

Die Strategie zur Förderung des ländlichen Raums wollen wir ergänzen durch eine gezielte Politik für die Städte, die Ballungsräume und die städtische Peripherie, welche teils völlig anders gelagerte Interessen und Bedürfnisse aufweisen.

Die Politik zur baulichen Entwicklung des Landes muss den neuen Gegebenheiten angepasst werden. Dabei gilt es, die topographische Situation Südtirols nicht aus den Augen zu verlieren. Die bebaubare Fläche beschränkt sich derzeit auf sieben Prozent der Landesfläche beschränkt. Es geht demnach um einen Ausgleich zwischen den Interessen der Wirtschaft und jenen von Umwelt und Landschaft. Es ist deshalb notwendig, das Raumordnungsgesetz einer Reform zu unterziehen, die sich Entbürokratisierung, Lesbarkeit sowie Rechtssicherheit und Planbarkeit ebenso als Ziele steckt wie den Schutz von Grund und Boden. Langfristige Planungsinstrumente wie der LEROP sollen wieder aufgewertet werden, unter besonderer Berücksichtigung auch des Mobilitätsplans. Die Nutzung von Leerständen im Gewerbe und im Wohnbau und den Ausbau, die Sanierung und die Wiedergewinnung, vor allem in den Ortszentren, wollen wir konsequent vor eine Neuausweisung stellen und gleichzeitig dem Ausverkauf der Heimat einen Riegel vorschieben, auch indem entsprechende Maßnahmen der Gemeinden unterstützt und vertragliche Nutzungseinschränkungen gefördert werden.



Für die Raumentwicklung ist auch die Anpassung der Verkehrsnetze - Straßen, Bahnstrecken, Radwege - an moderne Erfordernisse nötig. Das Ziel bleiben schnelle, kapillare, effiziente und umweltfreundliche Verbindungen, die die Mobilität von Personen und Gütern garantieren. Deshalb gilt es, den mittlerweile langjährigen Einsatz zur Aufwertung des öffentlichen Personennahverkehrs in Südtirol fortzusetzen. Da eine Aufzählung der dafür geplanten Maßnahmen an dieser Stelle zu lang wäre, verweise ich auch diesbezüglich auf das Ihnen vorliegende Regierungsprogramm.

Das Ziel in Sachen Klimaschutz ist, Südtirol als sogenannte "Green Region" zu etablieren. Dies wollen wir auf drei verschiedenen Ebenen erreichen: Durch Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz, aufbauend auf dem Erfolgsmodell des KlimaHauses sowie Deckung des verbleibenden Energiebedarfs aus erneuerbaren Quellen.

In Bezug auf die Stromproduktion aus erneuerbaren Quellen nimmt insbesondere die Wasserkraft in Südtirol eine besondere Bedeutung ein. Der Ertrag aus der Wasserkraft muss allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommen, beispielsweise indem die Stromtarife an den Grundverbrauch der Familien angepasst werden. Auch die Beteiligung über Gesellschaften bzw. Genossenschaften ist ein Beitrag dazu. Die Bevölkerung muss einen konkreten Vorteil aus der Wasserkraft spüren und die Gemeinden müssen eingebunden werden. Eine Zusammenführung der großen öffentlichen Energieunternehmen ist dafür ebenso notwendig wie die Neuregelung der Vergabe der Stromkonzessionen mittels eines neuen Landesgesetzes, das wir mit Ihnen gemeinsam erarbeiten wollen.

Ich habe Ihnen nun eine Reihe von Zielsetzungen und Maßnahmen aufgezählt, mit denen wir die Lebensumstände bzw. die Rahmenbedingungen für unsere Bürgerinnen und Bürger, ebenso wie für Vereine und Organisationen oder für Unternehmen verbessern wollen.

Voraussetzung einer effizienten Gesetzgebungs- und Regierungsarbeit zur Erreichung der im Regierungsprogramm beschriebenen Ziele ist aber eine weitestgehende Autonomie. Deshalb sind sich die Koalitionspartner darin einig, dass Südtirols Autonomie ausgebaut und gestärkt werden muss. In diesem Sinne, also im Sinne einer Stärkung und eines Ausbaus unserer Autonomie, müssen wir das Autonomiestatut an geänderte gesellschaftliche, politische und rechtliche Rahmenbedingungen anpassen. Ich denke da an die Verfassungsreform 2001 ebenso wie an europäische Entwicklungen.

Zu diesem Zweck wollen wir innerhalb von sechs Monaten nach Einsetzung der Landesregierung mit Ihnen gemeinsam ein Landesgesetz zur Einrichtung eines Autonomiekonvents erarbeiten und verabschieden. Dieser Konvent soll sich aus politischen Vertretern und aus solchen der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft zusammensetzen und dem Landtag innerhalb einer klar festgelegten Frist Vorschläge für die Überarbeitung des Autonomiestatuts vorlegen. Mit der Reform sollen im breitestmöglichen Konsens folgende Zielsetzungen verfolgt werden: Einen Ausbau der primären Zuständigkeiten bzw. die Wiederherstellung derselben, wo sie in Folge der Verfassungsreform 2001 - auch durch die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes - beschnitten wurden, eine Reform der Beziehungen zwischen dem Land und den anderen institutionellen Ebenen. Das bedeutet auch, die Rolle der Region zu überdenken und die Beziehungen zwischen Land und Gemeinden gemäß dem Subsidiaritätsprinzip neu zu regeln. Zuständigkeiten sind demnach nur an die nächst höhere Ebene abzutreten, wenn sie diese besser erfüllen kann als die darunter liegende. Der Neuordnung sollen weiters das Prinzip der Finanzautonomie mit dem Ziel der Stärkung der Eigenfinanzkraft und der gerechten Zuweisungen an die Gemeinden Südtirols zu Grunde gelegt werden. Dabei soll der objektive Finanzbedarf, die Eigenfinanzierungskapazität jeder Gemeinde und die Effizienz der betreffenden Verwaltung berücksichtigt werden. Das Land hat jedenfalls die Ausgewogenheit des Systems zu garantieren und unvermeidliche Verzerrungen bei der Aufteilung ebenso auszugleichen wie Benachteiligungen, die sich aus strukturellen Gründen ergeben. In diesem Sinne sind beispielsweise auch die zusätzlichen finanziellen Lasten der Gemeinde Bozen als Landeshauptstadt besonders zu berücksichtigen.

Das überarbeitete Statut soll auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die internationalen Beziehungen sowie jene zur Europäischen Union auf eine neue Basis stellen. Gleichzeitig soll eine Modernisierung und Anpassung des Regierungssystems angestrebt werden, indem die Beziehungen zwischen Landesregierung und Landtag optimiert, die Qualität der Gesetzgebung sowie die Entscheidungsprozesse überdacht und insbesondere auch moderne Formen der demokratischen Beteiligung und der direkten Demokratie vorgesehen werden. Diese müssen natürlich den Besonderheiten eines Landes Rechnung tragen, in dem drei Sprachgruppen zusammenleben.

Der Reformvorschlag muss auf eine weitere und stetige Verbesserung des Zusammenlebens der in unserem Land lebenden Menschen unterschiedlicher Kultur, Sprache und Herkunft abzielen, wobei allen Anpassungen

weiterhin die Prinzipien des Minderheitenschutzes, des guten Zusammenlebens und des gegenseitigen Verständnisses zugrunde liegen müssen. Insbesondere soll dabei auch eine Regelung gefunden werden, welche die Vertretung der drei Sprachgruppen nach Proporz in der Landesregierung besser gewährleistet als die derzeit geltende und dennoch dem jeweiligen Wahlergebnis Rechnung trägt.

Vor den Wahlen ist sehr viel über die mögliche oder vermeintlich mögliche staatspolitische Entwicklung unseres Landes, über Grenzverschiebungen, Freistaat und anderes mehr diskutiert worden. Dabei ist bei vielen Bürgerinnen und Bürgern der missverständliche Eindruck erweckt worden, dass gewisse Entwicklungen jederzeit und allein durch Willensbekundungen in Form von Volksabstimmungen herbeigeführt werden könnten. Dem ist aber nicht so. Südtirol ist in das Rechtssystem der italienischen Verfassung - inklusive Autonomiestatut-, der Europäischen Union und in jenes der internationalen Staatengemeinschaft eingebettet und kann unter den gegebenen Voraussetzungen nur in diesem Rahmen agieren. Dabei liegen die großen Entwicklungschancen Südtirols sicher nicht in einer Rückkehr zu nationalstaatlichen Vorstellungen und somit in einer Abkehr von Europa, sondern in einer weitergehenden europäischen Entwicklung. Es ist nachweislich der europäische Einigungsprozess, der zu einem Abbau der Grenzen - Stichwort Schengen - und zu einer spürbaren Annäherung im historischen Tirol geführt hat. Gerade deshalb sind die zuletzt stärker gewordenen europaskeptischen Töne auch aus Südtirol besonders bedenklich und überhaupt nicht nachvollziehbar.

Europa steht nun aber tatsächlich am Scheideweg: Entweder kommt es aufgrund der allgemeinen aktuellen Europaskepsis zu einem Rückfall in nationalstaatliches Denken oder die Europäische Union schafft den Sprung in eine nachnationale Entwicklung hin zu einem Europa der Regionen, in welchem die großen Leitlinien noch mehr in Brüssel vorgegeben werden, die Umsetzung aber zunehmend auf regionaler und weniger auf staatlicher Ebene erfolgt. Das Paradoxe an der derzeitigen Situation ist ja, dass der Europäischen Union Fehlentwicklungen angelastet werden, die eigentlich die Folge einer egoistischen nationalstaatlichen Politik sind. Mit anderen Worten: in Wirklichkeit ist es nachweislich nicht das Europäische Parlament, sondern der Europäische Rat, der Mist baut.

Es ist jedenfalls unser erklärtes Ziel, uns in dieser Legislaturperiode aktiv in eine europäische Entwicklung hin zu einem Europa der Regionen einzubringen und diesbezüglich eine Vorreiterrolle einzunehmen. Südtirol hat in dieser Hinsicht Startvorteile in Gestalt unserer weitgehenden Autonomie und der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino. Die Euregio muss jetzt für die Menschen spürbar werden, ganz gleich ob als Student an der Uni, als Nutzer öffentlicher Verkehrsbetriebe, als Patient in einem Krankenhaus, als Arbeitssuchender oder als Unternehmer.

Eine zentrale Rolle nehmen in diesem Zusammenhang auch die drei Universitäten der Euregio ein. Durch eine noch stärkere Kooperation bei gleichzeitiger Spezialisierung soll der Universitätsstandort Bozen weiterentwickelt werden, damit er auch im internationalen Wettbewerb noch besser bestehen kann.

Sollen die politischen Vorgaben effizient umgesetzt werden, ist ein Funktionieren der Organisation Landesverwaltung eine Grundvoraussetzung. Neue Ziele in der Politik ziehen damit unweigerlich nach sich, dass auch die Verwaltungsorganisation angepasst werden muss. Das bedeutet für mich auch, dass ein bloßes Fortschreiben der Budgetplanung nicht in Frage kommt, stattdessen aber jeder Ausgabenposten im Licht der neuen Ziele und hinsichtlich seiner Effizienz beleuchtet werden muss. Es ist unser Vorschlag, dass dieses Hohe Haus zu diesem Zweck eine technische Arbeitsgruppe einsetzt, wobei die Vertretung der politischen Minderheit ebenso wie jene der Sozialpartner gewährleistet werden soll. Die Arbeit dieser Kommission soll auch von einem entsprechenden Ad-hoc-Landtagsausschuss begleitet werden, damit nach Abschluss dieser Spending Review, also der vollständigen Durchleuchtung des Haushaltes, die entsprechenden Vorschläge für die Überarbeitung des Landeshaushaltes und der zwangsläufig folgenden Anpassung der Organisationsstruktur auf einer breiten politischen und gesellschaftlichen Basis stehen und somit auch umsetzbar sind. Die vielen weiteren geplanten Maßnahmen zur Reorganisation der Landesverwaltung mit Zielsetzung einer größtmöglichen Verfahrensvereinfachung, Transparenz und Bürgernähe entnehmen Sie bitte dem Regierungsprogramm.

Il calo dell'influenza alle urne però dimostra che anche in Alto Adige sono ormai tanti cittadini che hanno voltato le spalle alla politica. È pertanto fondamentale rafforzare di nuovo la fiducia alla politica, nei politici e nelle istituzioni. Tra l'altro significa anche che dobbiamo ridurre ulteriormente i costi della politica, laddove le spese non sono giustificate dalla necessità. Penso ad esempio alla riduzione del numero di macchine di servizio ovvero all'uso delle stesse ed anche alle spese di rappresentanza. Ma significa anche che il destino della nostra società non deve rimanere nelle mani di poche persone. Vogliamo pertanto rafforzare la partecipazione diretta dei cittadini ai processi decisionali, partendo con la legge sulla democrazia diretta che si vorremmo vedere confermata nel referendum, che però siamo disposti a modificare comunque assieme a voi nel senso di un'ulteriore riduzione delle soglie di accesso e di altre facilitazioni procedurali.

Per quanto riguarda la mia persona dichiaro già adesso che nel caso fossi eletto, vorrei tentare di essere Presidente di tutti i cittadini della nostra terra, indipendentemente dalla loro appartenenza linguistica, proprio come lo è stato anche il mio predecessore. Inoltre prometto che coinvolgerò comunque i rappresentanti dei diversi gruppi linguistici ogni qualvolta che dovremo trattare temi delicati di natura etnica.

Wir möchten mit Ihrer Zustimmung den Gesetzgebungsprozess im Landtag noch weiter öffnen, indem Experten, Verbände und Interessengruppen vermehrt einbezogen werden und auch die Gesetzesinitiative wieder verstärkt in den Landtag verlagern, wobei allen Fraktionen im Landtag die Möglichkeit gegeben werden soll, bereits in die Ausarbeitung von Gesetzentwürfen einbezogen zu werden, damit eine sachliche Diskussion bereits vor jener im Plenum stattfinden kann. Ich habe festgestellt, dass auf diesbezügliche Einladung unserer geschätzten Landtagspräsidentin von den Fraktionen bereits ähnliche und weitere gute Vorschläge zur Aufwertung des Landtages vorgelegt worden sind. Ich bin mir sicher, dass es uns auf diese Weise gemeinsam gelingen wird, die Arbeitsbedingungen in diesem Hohen Hause wesentlich zu verbessern, was letztlich den Bürgerinnen und Bürgern zu Gute kommen wird.

Mir persönlich wäre die Einrichtung von Ad-hoc-Arbeitsausschüssen ein konkretes Anliegen, in denen neben dem jeweils zuständigen Landesregierungsmitglied die Präsenz von je zwei Mitgliedern der Mehrheit und der Opposition denkbar wäre. Ich denke auch an Ausschüsse zum Thema Familie – aktuell geht es um die Umsetzung des Familiengesetzes -, zum Thema Integration und zur institutionellen Reform.

Sehr geehrte Damen und Herren, der vorliegende Entwurf des Regierungsprogramms ist das Ergebnis von Austausch und Partizipation, auch meiner Südtirol-Tour, die ich vorgenommen habe, aber auch das, was sonst an politischer Diskussion im Vorfeld der Landtagswahlen stattgefunden hat. Dabei sind die Ideen von zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern, Vereinigungen und Verbänden mit eingeflossen. Entsprechend verstehe ich dieses Programm auch als Basis für die gemeinsame Arbeit, als eine Werkstatt, die immer offen steht für gute Ideen, unabhängig davon, von welcher Seite sie vorgebracht werden.

Unser Ziel ist und bleibt, all das fortzuschreiben und aufzuwerten, was schon jetzt der Gesellschaft nützt, sie fördert und weiterbringt, uns gleichzeitig aber auch auf neue Wege einzulassen, wo dies notwendig ist.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Abgeordnete zum Südtiroler Landtag, erlauben Sie mir zum Abschluss eine persönliche Bemerkung: Ich stehe hier vor Ihnen, ausgestattet mit einem großen Vertrauensvorschuss seitens vieler Bürgerinnen und Bürger, aber auch im Bewusstsein einer übergroßen Erwartungshaltung und der großen Verantwortung, die mit dem von mir angestrebten Amt verbunden ist. Es ist eine Bürde, die ich alleine gewiss nicht tragen könnte, weil die Kraft und die Fähigkeiten eines Einzelnen dafür nie reichen würden. Ich bin dennoch zuversichtlich, dass die anstehenden Aufgaben und Herausforderungen bewältigt werden können, weil ich auf die konstruktive Mithilfe aller politischen Verantwortungsträger und -trägerinnen in diesem Hohen Haus hoffe und zähle. Nein, ich bin mir sogar sicher, dass es uns - und damit meine ich die Vertreterinnen und Vertreter der politischen Mehrheit ebenso wie jene der politischen Minderheit - nur gemeinsam gelingen wird, Südtirol verantwortungsvoll und zum Wohle seiner Bürgerinnen und Bürger in die Zukunft zu führen. Ich persönlich will meinen Beitrag dazu leisten und mich bemühen.

*(Applaus – applausi)*

**PRÄSIDENTIN:** Ich danke dem designierten Landeshauptmann für seine umfassende, ausführliche, klare und auch persönliche Rede. Ich bedanke mich auch ausdrücklich bei den Fraktionsvorsitzenden, dass sie uns die Möglichkeit einer etwas ausführlicheren Darlegung von Seiten des designierten Landeshauptmannes gegeben haben, obwohl dies in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen ist.

Verehrte Damen und Herren Abgeordnete, Sie haben jetzt jeweils zehn Minuten Zeit, sich zu den Ausführungen bzw. zur Regierungserklärung zu äußern.

Ich ersuche um Wortmeldungen. Herr Abgeordneter Dello Sbarba, bitte.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Grazie, presidente. Care colleghe, cari colleghi, collega Kompatscher, Lei oggi ha anticipato oggi gli argomenti di cui parleremo la prossima settimana, su cui rifletteremo da qui alla prossima settimana. Naturalmente è difficile riprendere i temi che non erano all'ordine del giorno. Noi abbiamo ricevuto questa mattina il programma di coalizione, circa un'oretta fa, dalle mani dello stesso Kompatscher. Noi dovremo per forza tornare, anche se alcune cose di contenuto le accenneremo, all'argomento della seduta di oggi, che prevede l'elezione del presidente della Provincia. Candidatura proposta – che poi verrà votata - da parte di una certa maggioranza che poi comporrà la Giunta provinciale. Questo è il tema

di oggi. Egregio candidato presidente Arno Kompatscher, se i Verdi oggi voteranno contro la Sua candidatura, questo non dipende dalla nostra volontà ma dalla vostra. Siete stati infatti voi a respingere la nostra disponibilità a partecipare a pieno titolo e in pari dignità a una nuova maggioranza formata dalla Svp, dal Pd e dai Verdi del Sudtirolo. In questa nuova maggioranza noi avremmo portato le nostre idee e l'esperienza di 30 anni di opposizione rigorosa e competente in Consiglio provinciale. Chi come noi si è opposto così a lungo al vecchio sistema sa bene come esso ha funzionato, sa dove sono gli ostacoli al rinnovamento, sa di che cosa dobbiamo liberarci e cosa può essere invece riformato. Questa nuova e più larga maggioranza Svp-Verdi-Pd sarebbe stata la prima vera innovazione di un'epoca nuova e avrebbe garantito le condizioni per la svolta politica che molte cittadine e cittadini della nostra provincia si attendono. Sarebbe stata davvero una grande coalizione con numeri solidi e un indirizzo politico chiaro. Voi invece avete detto di no, questa volta avete fatto i "Nein-Sager", avete preferito la continuità. Avete preferito chiudervi nel bunker di una piccolissima coalizione dai numeri risicati, la vecchia coalizione che ha perso le elezioni, perché la Svp ha perso la maggioranza e il Pd è rimasto al palo, dopo aver indicato l'obiettivo addirittura del raddoppio dei seggi grazie a 5 anni di assessorati, di contributi, di cumulo di poltrone e di incarichi. Non avete tratto insegnamento da questi risultati. Avete preferito ripiegare sull'usato sicuro. Non avete avuto il coraggio del nuovo, ma ripetete il vecchio e logoro schema sperando che stavolta vada meglio. Noi Verdi abbiamo fatto tutto ciò che potevamo per rendere possibile un'alternativa di governo. Abbiamo dato credito fin dall'inizio alla Sua dichiarata volontà -questo ce lo deve riconoscere collega Kompatscher - di una svolta nello stile e nei contenuti della politica. Lei, collega Kompatscher, ha avuto la fortuna e anche, riconosciamolo, la capacità di diventare in pochi mesi lo schermo su cui tante elettrici ed elettori hanno proiettato la propria voglia di un cambiamento profondo – lo diceva nell'ultima parte della Sua relazione – nella politica così come l'abbiamo conosciuta. Noi abbiamo apprezzato e valorizzato la Sua posizione e queste aspettative. Perché ci pareva e ci pare energia positiva che, anche come ecologisti, sarebbe stato un delitto sprecare. Meno arroganza e più ascolto, meno centralismo e più partecipazione, meno affarismo e più bene comune, meno ingiustizie e più pari opportunità, solidarietà invece che legge del più forte, giustizia invece del lobbismo. Il risultato elettorale ha registrato questo bisogno di svolta: non solo con il successo di voti che Lei ha ottenuto, collega Kompatscher, ma soprattutto con la punizione di tutti gli esponenti del vecchio sistema e il drastico ridimensionamento delle categorie e delle lobby. Lei ha davanti a sé un Consiglio provinciale in parte bonificato e rinnovato, con una più forte rappresentanza di noi Verdi Grüne Verc, premiati per le nostre battaglie per la trasparenza, la legalità, l'ambiente e la giustizia sociale. A questo punto una grande e nuova coalizione Svp-Verdi-Pd ci è sembrata non solo possibile nei numeri, ma anche lo sbocco naturale della spinta arrivata dai cittadini e dalle cittadine. La chance c'era e tutti lo sapevamo. Non avete avuto coraggio. Lei, collega Kompatscher, voi colleghi e colleghe della Svp e del Pd, questa chance l'avete lasciata cadere. Una cosa vorrei che fosse chiara: se avete deciso per la piccola coalizione non è dipeso dal programma. Anzi. Nell'incontro "di sondaggio" che abbiamo avuto, abbiamo registrato numerose convergenze. La prima e più importante: l'autonomia come la scelta giusta, non la seconda ma la prima e unica scelta giusta per la nostra terra e la sua gente, per il nostro passato e il nostro futuro comune in un'Europa dei diritti e della convivenza. Ma anche su molti altri punti eravamo vicini: trasparenza, partecipazione, nuovo stile, politica sociale, riforma urbanistica, riscrittura del bilancio provinciale ed altro ancora. Perfino sull'energia, un argomento, Lei sa, a cui tengo molto e su cui ho – diciamo così – idee piuttosto precise, le posizioni tra noi non sembravano lontanissime. Certo, noi poniamo accenti diversi. Ma, siamo sinceri, su nessun tema eravamo tra noi Verdi e Lei, collega Kompatscher, più distanti di quanto Lei non sia distante da altri e altre esponenti del suo stesso partito. No, non è sul programma che ci avete detto di no. La chiusura è dipesa da puri calcoli di potere sia della Svp che del Pd. Comincio dalla Svp. La nostra presenza avrebbe segnato un orientamento della giunta che squilibrava gli assetti di potere e i compromessi tra le correnti interne alla Svp. Dava fastidio alle tante persone che dal vecchio regime vogliono traslocare indenni nel nuovo, mantenendo posizioni e potere. Disturbava chi vuol far finta di cambiare tutto per non cambiare niente. E soprattutto: vi costringeva ad uscire dall'autosufficienza. Avreste dovuto riconoscere che la Svp non può più pretendere il monopolio della rappresentanza, neanche nel mondo tedesco e ladino, cosa che le ultime elezioni hanno dimostrato, ma che voi non volete ammettere. Anche Lei, collega Kompatscher, ha detto che per governare vi serviva solo un partner di lingua italiana, perché così vi obbliga lo statuto. Questo è il vecchio ritornello, ma stavolta non è vero. Care colleghe e colleghi della Svp, voi avete perso la maggioranza, non potete più fare da soli, per governare dovete cercare alleati. Invece insistete nella vecchia cocciuta pretesa di mantenere il monopolio della rappresentanza. E arrivo al Pd. Se sono chiare le ragioni per cui la Svp ha respinto i Verdi, onestamente non si capisce perché il Pd non abbia cercato di coinvolgerci rafforzando così l'ala di centro sinistra della coalizione. Appena a febbraio noi Verdi del Sudtirolo abbiamo sostenuto la candidatura Bersani al governo dell'Italia, anche a costo di rompere con i Verdi italiani e trentini, che sostenevano invece la candidatura alternativa di Ingroia. Pote-

vate quindi considerarci, cari colleghi del Pd, i vostri naturali interlocutori ed alleati. Invece niente, in questi due mesi non ci avete cercato neppure una volta. Dalle elezioni in poi vi siete concentrati esclusivamente sulla difesa dei vostri assessorati, vedendo in noi Verdi – diciamoci la verità - solo un possibile concorrente da tenere fuori dalla porta. Anche la vostra battaglia sul secondo assessore italiano in realtà è apparsa come la pretesa di un secondo assessore al Pd e non ha scaldato i cuori di nessuno. Mi preme ricordare che noi, al contrario, abbiamo sempre considerato il Pd parte essenziale e insostituibile di una nuova coalizione e mai abbiamo parlato di un'alleanza esclusiva Svp-Verdi. Che non è un'eresia. Ci sono decine di governi nero-verdi in Europa, e specialmente nell'area tedesca. C'è un'alleanza nero-verde nel Tirolo di Günther Platter e Ingrid Felipe – saluto il collega van Staa che su questa può raccontarci diverse cose - c'è a Salisburgo, c'è a Graz, c'è nel Land dell'Assia in Germania, c'è a Bonn, c'è a Darmstadt, c'è a Oldenburg, c'è a Francoforte.

A Bolzano non abbiamo però mai avanzato questa ipotesi: vi abbiamo sempre considerato, cari colleghi del Pd, nostri partner privilegiati. Voi avete fatto il contrario e vi siete preoccupati, scusate, solo della vostra poltrona. Avete pensato: meno siamo, più contiamo. Invece vedrete: accadrà e sta già accadendo il contrario. Stesso discorso, sia chiaro, vale anche per gli Arbeitnehmer nella Svp: avete visto nei Verdi solo una possibile concorrenza e nella vostra debolezza vi siete impegnati per escluderci, invece che per includerci. Una politica che non vi porterà da nessuna parte e su cui vi chiediamo di ripensare. Torno a Lei, collega Kompatscher. Un allargamento ai Verdi della coalizione di governo non è fallita né per la persona del presidente, né per il programma. E' fallita perché se alcune facce sono cambiate, il sistema, il partito nelle sue ramificazioni territoriali, il groviglio di interessi e di gruppi di potere che in esso agisce, il blocco sociale costruito in 25 anni di era Durnwalder è cambiato poco o nulla. Per il cambiamento ci vuole più che una tornata elettorale. Lei lo sa bene. Il cambiamento non è alle nostre spalle, ma è ancora davanti a noi. Io non so valutare oggi, collega Kompatscher, se con questa vecchia formula di governo di qui a 5 anni sarà riuscito Lei a cambiare il sistema, o sarà il sistema a cambiare Lei, o addirittura a farle fare un imprevisto capitolombolo. Ho l'impressione che ci sia, anche nel suo partito, chi punta a questo: che il suo sia un esperimento dalla vita breve e che tra 5 anni si debba cercare un nuovo Presidente. Noi ci auguriamo di no. Ci auguriamo che questa sia la legislatura che costruisce le condizioni per una svolta. Faremo di tutto perché tra 5 anni l'Alto Adige Südtirol sia diventato una provincia dove i cittadini e le cittadine siano più partecipi, dove la povertà sia combattuta, dove l'ambiente sia rispettato, dove l'energia sia dei cittadini, dove le persone migranti godano di pieni diritti e vi dico subito che questa storia di legare le prestazioni sociali alla conoscenza delle due lingue ve la dovete immediatamente scordare perché è un'idea anti europea e contrasta perfino con la legge Bossi-Fini in Italia. Noi faremo un'opposizione rigorosa, ma positiva e propositiva. Lei ha annunciato un nuovo stile nel fare governo in questa provincia. Ebbene, noi Verdi annunciamo oggi un nuovo stile nel fare opposizione. Che consiste in due impegni. Il primo: ci impegniamo a valutare, in ogni proposta che verrà dalla maggioranza, innanzitutto i punti d'accordo e solo dopo i punti di disaccordo. Naturalmente gestiremo il disaccordo in modo rigoroso, perché l'opposizione la sappiamo fare e l'abbiamo dimostrato. Ma prima cercheremo gli aspetti positivi. Il secondo impegno: accetteremo ogni possibile occasione di confronto e di collaborazione che ci verrà offerta, a patto naturalmente che le nuove forme di collaborazione siano trasparenti e democratiche, non creino zone grigie, non esautorino il Consiglio provinciale ma lo valorizzino. Lei vuole istituire delle commissioni. Io Le ricordo che allora dovremo anche rafforzare l'ufficio legale che dovrà assistere queste commissioni. Questi sono i nostri impegni, che sono anche un'apertura di credito nei suoi confronti, egregio collega Kompatscher. Con questo spirito, purtroppo, oggi Le votiamo contro. Il nostro obiettivo è preparare la svolta, quella vera, nel 2018. Se possibile anche prima.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Viele Südtiroler wundern sich, dass wir heute zusammenkommen, um den Landeshauptmann zu wählen, denn sie haben geglaubt, dass wir ihn schon gewählt hätten. So wurde nämlich der Wahlkampf geführt. Wir hatten damals einen Landeshauptmannkandidaten, den es niemals gab. Jetzt haben wir einen, und zwar aufgrund eines Regierungsprogramms zweier Parteien, die nicht dem Wählerwillen, sondern der Parteienlogik folgen. Das muss man in aller Deutlichkeit sagen. Ich schicke auch voraus, dass wir Freiheitliche als zweitstärkste Kraft in diesem Landtag selbstverständlich unsere Verantwortung wahrnehmen werden. Auch wir sind mit sehr vielen Stimmen ausgestattet worden und wissen, dass wir weiterhin die Rolle der Opposition einnehmen müssen. Wir tun das gerne, aber ich sage in aller Deutlichkeit, dass wir auch gerne mitregiert hätten. Wir haben uns nicht angebiedert und ich mache jetzt nicht das weinerliche Getue des Kollegen Dello Sbarba im Nachhinein, denn links ist diese Regierung schon genug. Eine weitere linke Kraft hätte dieses Land nicht verdient. Der Wählerwille kommt auf jeden Fall nicht zum Tragen, was wir zur Kenntnis nehmen. Vor allem aber nehmen wir zur Kenntnis, dass diese Koalition auf-



grund eines politischen Paktes geschlossen wurde, der derselben vorausgegangen ist. Es gibt einen politischen Pakt zwischen der Südtiroler Volkspartei und dem PD, der die Parlamentswahlen, die Landtagswahlen, die kommenden EU-Wahlen und die nächsten Gemeinderatswahlen beinhaltet. Viele Bürgerinnen und Bürger in diesem Land sind es leidig zur Wahl zu gehen, wenn ihre Stimme dann nicht das zählt, wofür sie eigentlich gewählt haben. Diese Koalition hat bei weitem keine Mehrheit in der Bevölkerung. Sie hat eine knappe Mehrheit hier im Landtag, aber wenn wir die 20 Prozent Nichtwähler dazuzählen, dann seid Ihr weit unter der 50-Prozent-Marke! Die Südtiroler Volkspartei will es nicht wahrhaben, dass sie erstmals in ihrer Geschichte die absolute Mehrheit verloren hat. Damit kann sie nicht umgehen, aber das ist ihr Problem und nicht unseres oder jenes der Bevölkerung. Bitte tragt diese Eure innere Zerrissenheit nicht auf dem Rücken der Bevölkerung aus! Lernt damit umzugehen, lernt Demokraten zu werden! Daran werden wir Euch messen.

Ich gehe jetzt nicht auf die einzelnen Kapitel der Ausführungen des designierten Landeshauptmannes Kompatscher ein, sondern sage dazu nur eines: Dieses Programm könnten wir zu 90 Prozent unterschreiben. Das sind schöne Absichtserklärungen, aber das Entscheidende sind die Autonomie und die Zukunft des Landes. Eine kleine Partei im Landtag konditioniert uns alle und diskutiert wochenlang nur darüber, ob sie einen zweiten Landesrat erbetteln kann oder nicht. Diese Partei wird als autonomiefreundlich hingestellt und wir sind die Autonomiefeinde, oder wie? Der PD ist die alte DC! Ihm geht es nur um Sessel, Posten und Pfründe! Dieser Postenschacher um den nicht möglichen zweiten Landesrat und jetzt um einen Sitz in der Region ist abscheulich! Ich wundere mich darüber, dass man diese Diskussion nicht sofort abgewürgt hat. Man hat die Bevölkerung im Ungewissen gelassen, Rechtsgutachten hin, Rechtsgutachten her. Und jetzt wird der Herr Bizzo möglicherweise in der Region auch nicht unterkommen, weil er der Frauenquote zum Opfer fallen könnte. Recht geschieht Euch! Mit solchen unsinnigen Bestimmungen habt Ihr Euch selber "s'Haxl" gestellt. Ableitend vom Spruch "Ich sehe vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr" müsste man jetzt sagen "Ich sehe vor lauter Quote die Frauen nicht mehr"! Das ist die Quintessenz Eurer Politik!

In dem Moment, in dem der Staat hergeht und Vertreter der Minderheiten in seine Institutionen wählt, verlasst Ihr, liebe Vertreter der Südtiroler Volkspartei, den Minderheitenschutz. Es ist natürlich ein Erfolg, dass erstmals ein Ladiner in der Sechser-Kommission vertreten sein wird. Das geschieht aber nicht, weil eine Autonomiebestimmung zu Rate gezogen wird, sondern weil der Staat hergeht und von sich aus einen Ladiner ernennt. Es gibt dann ja noch eine weitere Besetzung. Der ehemalige Senator Siegfried Brugger wird jetzt scheinbar Rat am Römischen Rechnungshof. Er wollte ja auch Unterstaatssekretär werden. Ich warne vor einer solchen Entwicklung. In dem Moment, in dem wir uns als Minderheitenvertreter vom Staat in Institutionen wählen lassen, haben wir aus Sicht des Minderheitenschutzes ein Problem. Das habt Ihr Euch nicht überlegt, denn Ihr denkt immer nur an Eure eigenen Geschichten! Auch zum Thema Wahlgesetz höre ich nichts. Es gibt ein staatliches Wahlgesetz, bei dem es die Südtiroler Volkspartei erreicht hat, eine 40-Prozent-Hürde hineinzuschreiben. Das gibt es nicht einmal in China! Da hört man aber nichts davon, dass man wieder in Richtung Verhältniswahlrecht gehen möchte. Zu diesen Dingen sagt Ihr nichts, weil Ihr mit dem Partito Democratico eine Ehe geschlossen habt, aus der Ihr wahrscheinlich nicht mehr herauskommt. Ihr habt dafür ja Posten und Versprechungen bekommen. Wir möchten auch wissen, wie es mit dem Geld aussieht. Wir werden in Bälde einen Haushalt machen müssen. Ich habe im Wahlkampf immer wieder gefragt, wie viel Südtirol zur Schuldentilgung des Staates beitragen muss. Da zirkulieren Zahlen bis zu einer Milliarde Euro, was 20 Prozent des Haushaltes wären. Ihr habt immer gesagt, dass Ihr da noch verhandeln müsst. Habt Ihr die Katze im Sack gekauft? Ihr werdet doch wissen, was auf uns zukommt. Sonst werdet Ihr diese ganzen Programmpunkte nicht umsetzen können.

Die direkte Demokratie steht auf dem Prüfstand. Ich hätte mir erwartet, dass der designierte Landeshauptmann Kompatscher sagt: "Wir verwerfen das bestehende Gesetz zur direkten Demokratie". Das wäre konsequent, denn auch hier müssen die Menschen wissen, woran sie sind. Das Gesetz zur direkten Demokratie wurde nur mit den Stimmen der Südtiroler Volkspartei verabschiedet. Alle anderen waren dagegen. Jetzt wird es dem Votum der Bevölkerung unterbreitet, und ich hätte mir schon erwartet, dass man dazu etwas Konkretes sagt.

Eines hat mir auch nicht gefallen. Ich weiß, dass die Medien nicht immer genau das wiedergeben, was ein Politiker sagt. Diese Erfahrung hat jeder von uns schon einmal gemacht, aber wenn es tatsächlich stimmt, dass der designierte Landtagspräsident Widmann diesen Posten vom designierten Landeshauptmann angeboten bekommen hat, so hat das nichts mehr mit Demokratie zu tun. Die institutionellen Posten wählt schon noch der Landtag und die bestimmt kein designierter Landeshauptmann und auch kein Landeshauptmann! Das ist kein neuer politischer Stil, aber wir lassen uns gerne überraschen. Ich bin der Meinung, dass man einem neuen Landeshauptmann die Zeit geben muss zu beweisen, dass er das, was er sich vorgenommen hat, auch umsetzen kann. Wir werden überall dort, wo wir davon überzeugt sind, zustimmen zu können, zustimmen. Das haben wir



auch in Vergangenheit so gemacht. Wir werden versuchen, unser Wahlprogramm weitestgehend umzusetzen, und wenn es stimmt, dass es eine neue politische Kultur geben soll, dann werden wir die Probe aufs Exempel machen und schauen, ob die Südtiroler Volkspartei die Größe haben wird, auch Anträge der politischen Minderheit anzunehmen.

Ich wünsche uns allen eine gute Zusammenarbeit und dem designierten Landeshauptmann alles Glück der Welt, dass er gemeinsam mit uns dieses Land ein bisschen voranbringen kann. Mit dieser Wir-haben-uns-alle-lieb-Politik werden wir aber wahrscheinlich nicht weit kommen. Ich sitze jetzt in der fünften Legislaturperiode im Südtiroler Landtag und habe nicht nur einen Landeshauptmann kennengelernt. Jeder Mensch ist vom Charakter her anders, aber jeder soll die Zeit haben, sich einzuarbeiten. Wir bieten unsere Zusammenarbeit gerne an: Opposition mit Hausverstand, inhaltlich hart aber in der Sache fair.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Politik ist sicher mehr als nur die Kunst einer guten Verwaltung. Politik ist vor allem die Kunst einer zukunftsorientierten Gestaltung. Ich bin jetzt in der zweiten Legislatur hier im Südtiroler Landtag und habe in der letzten Legislatur leider immer wieder erleben müssen, dass Politik dazu missbraucht wurde, um bestimmte Interessen zu bedienen. Wir können uns anschauen, welche Gesetze verabschiedet wurden, welche Interessensvertretungen sich durchgesetzt haben. Das ist eine Politik, die – so hat man es zumindest im Wahlkampf gehört – eigentlich der Vergangenheit angehören sollte. Ich will niemanden vorverurteilen, denn jeder hat das Recht, sich zu beweisen, aber wenn wir uns die Diskussionen der letzten Wochen anschauen – Vergabe von Posten in der Landesregierung und im Landtagspräsidium –, so hat das alles nichts mehr mit Kompetenz zu tun. Da geht es um nackte Interessensvertretungen! Das ist nicht die Veränderung, die wir uns gegenseitig versprochen haben und die sich die Bürger in diesem Land erwarten würden.

Wenn ich mir Ihr Regierungsprogramm anschau und es durchlese, so könnten wir es im Unterschied zu unseren Kollegen nicht unterschreiben. Es sind 90 Prozent Willenserklärungen. Vielleicht ist es das Wesen einer Regierungserklärung, dass man sie mit Willenserklärungen vollstopft, ohne konkrete Punkte zu nennen. Ich möchte eine Antwort auf die Frage, wie es mit diesem Land weitergehen soll. Sie beantworten diese damit, dass alles so bleiben soll, wie es ist! Sie geben diesem Land nur eine Zukunftsperspektive, nämlich jene des Verbleibs beim italienischen Staat. Eine andere Zukunftsperspektive gibt es in diesem Programm nicht. Wenn ich hier lese *"vor den Wahlen wurde der Eindruck erweckt, dass gewisse Entwicklungen durch Willensbekundungen in Form von Volksabstimmungen herbeigeführt werden können"*, so ist dem nicht so. Das heißt also, dass in einer Demokratie Willensbekundungen nicht durch Volksabstimmungen herbeigeführt werden können. Was hat das mit Europa zu tun? Sie sagen, dass eine allgemeine Euro-Skepsis und ein Rückfall in nationalstaatliches Denken zum Tragen kommen würde, was aber nicht die Zukunft sein dürfe, da es ein nachnationales Europa geben müsse. Was ist denn mehr ein nationalstaatliches Denken als die Prämisse, dass die Staatsgrenzen nicht angetastet werden dürfen? Wir dürfen den Verbleib beim italienischen Staat nicht in Frage stellen. Das ist nationalstaatliches Denken! Ein wirkliches Europa-Denken bedeutet, diese Grenzen zu überwinden und darüber nachzudenken, dass es in Europa morgen möglich sein kann, Regionen über Staatsgrenzen hinaus zu bilden. Wenn es denn stimmt, dass wir in einem grenzenlosen Europa leben, dann frage ich mich, wo das Problem ist, wenn in diesem grenzenlosen Europa Regionen über Staatsgrenzen hinweg neue Regionen bilden, wenn Gebiete, die zusammengehören, wieder zusammenwachsen und sich vielleicht auch neue Staaten bilden? Wir werden heuer im Jahr 2014 sehen, was in Schottland und Katalonien passiert. Das alles zu ignorieren und so zu tun, als ob die Zukunft nur im Jetzt bestehen würde, ist mir zu wenig. Ich weiß schon, dass es nicht das Wesen der regierenden Politik ist, große Veränderungen herbeizuführen. Es braucht immer politische Rahmenbedingungen und den Willen des Volkes, aber die Augen sollte man immer offen halten. Vor allem sollte man sich die Zukunft nicht selbst verbauen, indem man sagt, dass keine Veränderungen möglich sind. Veränderungen sind möglich! Wer, wenn nicht wir Politiker, sollte sich das Ziel setzen, Veränderungen herbeizuführen? Wo wäre Europa heute, wenn die regierenden Politiker nie Veränderungen herbeigeführt hätten, wenn sie gesagt hätten, dass der Euro nicht möglich ist? Wo wäre Europa ohne diese Visionäre? Heute ist das alles Realität. Unsere Aufgabe und Ihre Aufgabe als Landeshauptmann liegt darin, die Zukunft zu gestalten und nicht nur davon zu reden, dass man vielleicht in irgendeiner Form eine Zusammenarbeit mit dem Bundesland Tirol suchen wolle. Ich begrüße ausdrücklich den Landtagspräsidenten von Tirol, und ich würde mir wünschen, dass solche Gesten auch einmal von Südtiroler Seite gesetzt würden. Wo hat es in den letzten Jahren diese großen Zusammenwüchse gegeben? Die sind ausgeblieben. Der Landtag hat sich in der letzten Legislaturperiode gegen ein gemeinsames Qualitätszeichen ausgesprochen. Der Landtag hat sich auch nicht für die Entwicklung eines gemeinsamen Verkehrskonzeptes ausgesprochen. Der Korridorzug als einzige Verbindung zwischen Nord- und Südtirol wurde gestrichen. In Bozen soll eine eigene medizinische Fachrich-

tung geschaffen werden, was eine Abspaltung von der Universität Innsbruck bedeuten würde. In Bozen gibt es einen Flugplatz, der mehr schlecht als recht funktioniert. In Innsbruck gibt es einen gut funktionierenden Flughafen, der nicht genutzt wird, denn lieber bilden wir unsere eigene Struktur. Das sind die Ketten, die wir durchbrechen müssen und die Dinge, die wir verändern müssen, auch in wirtschaftlicher Hinsicht. Welchen Sinn macht es, dass Strukturen im wirtschaftlichen Bereich, die gemeinsam ein viel größeres Potential hätten, in Konkurrenz zueinander stehen? Welchen Sinn machen die Doppelgleisigkeiten in der Verwaltung, im Bereich der Landwirtschaft, der Forschung usw.? Wir nutzen diese Gemeinsamkeiten nicht, und zwar aus einem "Miar-sein-miar-Gefühl" heraus! Wir können alles alleine, besser und brauchen niemanden sonst. Ich erwarte mir in dieser Legislaturperiode, dass diese Ketten durchbrochen werden. Das Regierungsprogramm enthält viele schöne Versprechungen, aber wie wir das alles umsetzen wollen, bleibt offen. Wie erklären wir den Menschen in diesem Land, dass es in Südtirol eine Jugendarbeitslosigkeit gibt, die doppelt so hoch ist als im Bundesland Tirol, obwohl wir die weltbeste Autonomie haben? Wir sagen den Menschen in Südtirol, dass wir eine Vollautonomie erreichen können, obwohl wir immer wieder erleben, dass die Autonomie Stück für Stück ausgehöhlt wird. Bestimmungen, die eigentlich als unantastbar galten, wurden plötzlich in Frage gestellt. Da gab es niemanden, der diese eingeklagt hat, auch nicht auf europäischer Ebene, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Wir Südtiroler haben uns abgekapselt! Wir haben geglaubt, dass wir uns selbst helfen können und niemanden anderes brauchen. Jetzt müssen wir damit leben, dass sich auch andere die Frage stellen, was sich für Südtirol ändert, wenn diese autonomen Bestimmungen gestrichen werden. Wer in Europa soll sich erheben und sagen: "Nein, liebes Italien, das geht nicht, denn das ist die Autonomie Südtirols?" Diese Nabelschau, die in den letzten Jahren betrieben wurde, wird sicher nicht die Zukunft des Landes sein.

Ein Letztes noch zu den geplanten Abänderungen des Autonomiestatutes: Zunächst hat die Südtiroler Volkspartei gesagt, dass ein zweiter italienischer Landesrat nicht in Frage kommen würde, da dies dem Autonomiestatut widersprechen würde. Jetzt muss ich in der Regierungserklärung lesen: *"Insbesondere soll dabei auch eine Regelung gefunden werden, welche die Vertretung der drei Sprachgruppen nach Proporz in der Landesregierung besser gewährleistet."* Das bedeutet, dass nicht mehr Wille des Wählers ausschlaggebend sein soll, sondern der Proporz. Wenn es darum geht, dass in einem Krankenhaus vielleicht ein deutschsprachiger Arzt eine Stelle bekommt, dann wird der Proporz in Frage gestellt. Dann heißt es, dass die Qualifikation zählen soll, aber wenn es darum geht, einen Italiener mehr in die Landesregierung zu hieven, dann spielt der Proporz plötzlich wieder eine heilige Rolle. Wir sollten einmal darüber nachdenken, ob ein faires Miteinander nicht auch bedeutet, die Karten auf den Tisch zu legen und sich auf Augenhöhe zu begegnen. Abänderungen des Autonomiestatutes, die nicht mehr zum Wohle des Landes sind, sondern nur dazu dienen, einen Koalitionspartner zu befrieden oder die eigene Macht zu erhalten, sind reine Interessensbedienungen und Missbrauch der Demokratie.

**PÖDER (BürgerUnion - Ladins Dolomites - Wir Südtiroler):** Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Herr designierter Landeshauptmann! Ob es ein neuer Stil wird oder doch nur ein alter Hut ist, wird sich zeigen. Jedenfalls wünsche ich Ihnen, nachdem Sie heute ja mit Sicherheit gewählt werden, alles Gute. Unabhängig davon, auf welcher Seite wir hier im Landtag sitzen, sollte es uns allen um das Wohl des Landes und der in ihm lebenden Menschen gehen.

Die Partei- und Postenlogik hat leider doch bis zum Schluss wieder gesiegt. Aus Ihrem Anfangsmotto als Spitzenkandidat "Ba die Leit" ist doch wieder nur "bei den Mächtigen" geworden. Sie machen sich lenkbar aufgrund der Tatsache, dass sie Landeshauptmann von PD's Gnaden sein werden. Sie machen sich lenkbar von der PD-Zentrale aus Bozen und Rom, wobei ich hoffe, dass es nicht nach dem amerikanischen Begriff "wag de dog" so sein wird, das heißt, dass der Schwanz mit dem Hund wedelt, sondern dass doch die deutschsprachige Mehrheit in der Landesregierung und im Landtag das Sagen haben wird. Wir werden auch das sehen und werden es dann beurteilen, wenn es soweit ist.

Das Regierungsprogramm, das Sie uns heute ausgehändigt haben, war ja schon online einsehbar. Diese geschriebenen Worte verheißen weder Gutes, noch Schlechtes, weil sie nicht allzu viel verheißen. Wenn es aber so ist, dass dieses Koalitionsprogramm das Programm ihrer Arbeit sein wird, dann wird es einige Verlierer geben, darunter die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denn die kommen im 46 Seite umfassenden Koalitionsprogramm nur drei Mal wörtlich vor. Die Mütter bzw. die Familien, die ihre Kinder zu Hause betreuen wollen, werden auch Verlierer sein. Auch die Gerechtigkeit kommt in Ihrem Koalitionsprogramm zu kurz. Das Wort "Gerechtigkeit" kommt auch nur zwei Mal vor, und das auch in völlig anderem Zusammenhang und nicht in Zusammenhang mit Steuergerechtigkeit oder mit gerechter Verteilung der Steuerlast. Auch die Demokratie wird nicht besonders hoch und großgeschrieben, denn im 46 Seiten umfassenden Koalitionsprogramm kommt das Wort "Demokratie" nur ein

einziges Mal vor. An den Ausbau der Direkten Demokratie wird auch nicht appelliert. Der Kollege Leitner hat richtigerweise gesagt, dass das noch nicht geltende, da einer Volksabstimmung unterzogene Gesetz zur Direkten Demokratie angesprochen wird. Man will dieses Gesetz nicht zurückziehen, sondern marschiert weiter wie bisher.

Hinsichtlich der Familienpolitik spricht man den demographischen Wandel an. Man geht in die Richtung, dass man sagt, dass Wahlfreiheit mehr dahingehend verstanden wird, dass das Angebot an Strukturen, also die Fremdbetreuung ausgebaut werden soll, weil es in 15 bis 20 Jahren einen Engpass an Arbeitskräften geben würde. Diese Entwicklung wird so nicht eintreten, denn Sie vergessen eines. Ebenso wie der demographische Wandel aufgrund der geburtenschwachen Jahrgänge eine Reduzierung der Arbeitskräfte mit sich bringen wird, wird der technologische Wandel und der strukturelle Wandel der Unternehmens- und Arbeitsstruktur weniger Arbeitsplätze zur Verfügung stellen. Ihre Rechnung in diese Richtung geht also auf keinen Fall auf. So einfach darf man es sich nicht machen, und wenn Sie das als Grundlage der Familien- und Arbeitsmarktpolitik nehmen, dann macht mir das große Sorgen. Hier gehen Sie von falschen Ansätzen aus. Sie sollten sich doch noch einmal besser beraten lassen, denn der demographische Wandel alleine wird nicht Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt bestimmen.

Die Landesregierung droht wirtschaftslastig zu sein, weil der Landeshauptmann die Wirtschaftslobbys zur Chefsache macht. Das ist das Problem. Es hätte wirklich die Chance gegeben, ein einziges Wirtschaftsressort, inklusive Innovation und Landwirtschaft, zu schaffen, das nicht dem Landeshauptmann, sondern einem anderen Mitglied der Landesregierung anheimgestellt hätte werden können. Ebenso hätte man die Chance gehabt, ein einziges Sozial-, Familien- und Arbeitsressort zu schaffen. Auch das hat man aufgrund der Postenlogik verpasst. Immerhin musste man noch etwas zum Verteilen haben. Das alles wurde leider nicht getan.

Mir fehlt im Koalitionsabkommen auch der konkrete Ansatz in Bezug auf eine steuerliche Entlastung der Familien. Als erste Maßnahme muss in diesem Land wirklich am IRPEF-Zuschlag gedreht werden, um die Kaufkraft zu stärken. Es sollten nicht auch noch die Reichen belohnt werden, so wie Sie angekündigt haben, sondern es sollten vor allem die Gering- und Mittelverdiener entlastet werden. Ich hätte mir schon erwartet, dass das von Ihnen und Ihrer Regierung als erste Maßnahme angekündigt wird, denn das ist es, was die Menschen draußen enorm bewegt. In den letzten Jahren hat es für Familien einen durchschnittlichen Kaufkraftverlust von über 2.300 Euro jährlich gegeben. Hier muss angesetzt werden! Das Konkreteste in Ihrem Koalitionsabkommen sind neuerliche Steuerentlastungen für die Unternehmer, aber ich vermisse konkrete Maßnahme zur Steigerung der Kaufkraft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Familien. Vor allem aber vermisse ich die Steuergerechtigkeit. Wir alle wissen, wer heute die Steuerlast in diesem Land trägt. Das sind natürlich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer! Sie kündigen nicht an, dass hier ein Ausgleich geschaffen werden bzw. auch jene Bereiche belastet werden sollen, die heute begünstigt sind und trotz hohen Einkommens wenig Steuern zahlen. Sie hätten vielleicht den Willen gehabt, aber nicht den Mut, das anzusprechen. Aufgrund dessen, was ich gelesen und heute gehört habe, befürchte ich, dass sich nicht allzu viel ändern wird, aber vielleicht gelingt es Ihnen, doch wieder zu Ihrem Anfangsmotto "Ba die Leit" zurückzukehren.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Buongiorno a tutti. Per questa legislatura voglio augurarmi collaborazione tra noi tutti, come c'è scritto nel primo punto del programma di coalizione, che purtroppo abbiamo già visto pubblicato sulla Tageszeitung. Questo secondo me è un atteggiamento sbagliato. Non ritengo giusto che i consiglieri provinciali debbano scaricare un Pdf dei giornalisti della Tageszeitung invece che ricevere direttamente un'e-mail al proprio indirizzo di posta elettronica. Mi è dispiaciuto molto non ricevere questa e-mail direttamente da Lei presidente. Sappiamo purtroppo che la stampa è quasi più aggiornata di noi consiglieri. A parte questo primo inizio, mi auguro invece che da adesso in poi l'informazione sia data prima a noi e poi alla stampa. Mi permetto di ricordarLe che in Italia ad agosto è stata approvata dal Ministero la possibilità di creare zone a burocrazia zero. Mi piacerebbe che l'Alto Adige diventasse esempio per tutto il resto d'Italia, visto che esiste la possibilità di creare zone a burocrazia zero. Dobbiamo provare a fare questo 'miracolo': togliere la burocrazia in Alto Adige e far vedere che questa cosa è possibile. In questo programma di coalizione si parla della creazione di nuovi posti di lavoro per i giovani e per gli anziani. Bisogna ricordare che sono le imprese che creano i posti di lavoro. Non ci possiamo più permettere di creare posti di lavoro solo nell'amministrazione pubblica e non nel privato, perché se no 'il cane si mangia la coda'. Chiaramente se non esiste l'impresa, non esiste nemmeno un'amministrazione pubblica. Questo perciò deve essere proprio il nostro esempio. Un piccolo stato autonomo come la Sardegna, una regione a statuto speciale, è già riuscita ad abrogare l'IMU mentre noi no, è già un esempio. Lei ha citato che vuole togliere l'auto blu a tutti. Magari fosse solo Lei, presidente, a girare con l'auto blu. Visto che tutti noi abbiamo fatto una campagna elettorale, abbiamo girato tanto, e nessuno di noi è morto come invece sosteneva l'ex assessore Berger che a

suo dire, senza auto blu, rischiava la vita. E' un bell'esempio che Lei voglia dare finalmente un segnale. Bisogna parlare anche dei dirigenti dell'amministrazione pubblica, dei consigli di amministrazione, di tutte le società partecipate. Bisogna iniziare a pensare come mai un dirigente di una società partecipata guadagna di più di un consigliere eletto. Queste disparità vanno finalmente tolte. Che un consiglio di amministrazione pubblico abbia gente che guadagna più di un consigliere comunale, che magari va in consiglio tre volte alla settimana, è sbagliato. E' una disparità. E' questo che fa arrabbiare la gente. E' positivo che finalmente si parli e ci si occupi della città di Bolzano, che fino adesso è stata un po' 'orfana' in questa provincia. Sono molto felice che Lei voglia occuparsi di Bolzano, che voglia aiutare la città a svilupparsi. Finalmente! Nel mio piccolo mi sento di chiederLe, per favore, di prendere in mano la situazione relativa a Bolzano-sud. Trasferiamo a Bolzano-sud tutti gli uffici pubblici. Creiamo finalmente un'amministrazione pubblica nella quale il cittadino abbia anche la possibilità di dare un suo giudizio. Io non posso più accettare che gli utenti che si rivolgono alla pubblica amministrazione vengano maltrattati e non ci sia neppure un modulo con il quale si possa segnalare che quel giorno, il dipendente pubblico che si è occupato di lui era di malumore ed aveva deciso che non doveva occuparsi del problema del cittadino. Non è accettabile che un cittadino si rivolge alla pubblica amministrazione si ritrovi il 'nemico' di fronte. Il dipendente pubblico deve aiutare il cittadino. Se necessario faccia dei corsi di gentilezza, di sorriso, di Happy Südtirol, perché non è possibile che un cittadino che entra in un palazzo provinciale si debba sentire quasi in imbarazzo a dover chiedere l'accesso ad un documento. La prima cosa che Le chiedo è quella di inviare una lettera a tutti i dirigenti e anche ai segretari, al fine di far arrivare la comunicazione a qualsiasi livello dell'amministrazione pubblica, per ricordare che tutti i 35 consiglieri eletti in Consiglio provinciale hanno libero accesso ai documenti, anche solo con una telefonata, come scritto nel regolamento della Giunta provinciale, che recita: 'anche verbalmente'. Si può avere accesso ai documenti anche facendo richiesta per e-mail. Non corrisponde al vero che si può avere accesso ai documenti solo presentando un'interrogazione. Questo è falso, ma tanti impiegati provinciali non lo sanno. Io devo ogni volta - senza motivazione - inviare copia della legge relativa all'accesso dei dati. La legge dice che tutti i consiglieri regionali non devono dare una motivazione per richiedere la documentazione, perché si tratta della loro funzione di controllo. In questo programma di coalizione si parla inoltre di corsi di lingue. A me va bene offrire agli stranieri dei corsi di lingue affinché imparino le nostre due lingue. Io però Le chiedo di istituire dei corsi di lingua e di dialetto tedesco gratuiti per tutti i cittadini. Ritengo non sia possibile che i cittadini di lingua italiana, che ad esempio abitano in Via Resia, debbano - con uno stipendio di 1000 euro - spendere soldi per i corsi di tedesco di tre figli, in quanto sappiamo che purtroppo la scuola italiana non ha ancora raggiunto un livello tale da poter insegnare il tedesco. Se davvero vogliamo parlare di convivenza, iniziamo da cose concrete. I corsi di lingua tedesca sono già istituiti a titolo gratuito. In una sala con presenti 4 immigrati non può sedersi anche un cittadino di lingua italiana ad ascoltare. Questo non è fattibile in quanto vietato. Non si può partecipare ai corsi, quindi i tuoi figli non possono partecipare al corso. A mio avviso questo è inaccettabile in quanto crea disparità e, mi scusi la parola, crea grande 'incazzatura' da parte della gente. Non è possibile che chi arriva per ultimo possa partecipare ai corsi, sia di tedesco che di dialetto, gratuitamente. Succede poi che la famiglia italiana, nata e cresciuta qui, che ha serie difficoltà ad imparare le lingue, debba pagare - magari in questo periodo con un solo stipendio - per mandare i figli ad imparare il tedesco di pomeriggio. Queste sono cose che assolutamente devono essere prese in mano. Per quanto riguarda il collegamento Bolzano-Innsbruck, Bolzano-Verona, vogliamo veramente fare qualcosa con questi treni? I nostri ragazzi che studiano all'estero arrivano fino ad Innsbruck alla velocità della luce e poi inizia l'incubo Innsbruck-Bolzano. Devono cambiare treno al Brennero, dove non esiste possibilità per arrivare velocemente a casa. La stessa cosa accade sulla tratta ferroviaria Bolzano-Verona, visto che per il momento, come tutti sappiamo, il nostro aeroporto per il momento non sta funzionando. Vogliamo rendere obbligatorio per i ragazzi italiani una visita all'università di Bolzano e all'università di Innsbruck? Così spieghiamo loro che se vanno a studiare ad Innsbruck non pagano le tasse universitarie? Vogliamo avere il coraggio di togliere le tasse universitarie all'università di Bolzano, visto che ad Innsbruck si pagano 17 euro l'anno? Vogliamo veramente tirare fuori il coraggio e dare ai nostri figli la possibilità di studiare? Come ultimo punto, un mio grande interrogativo. Vogliamo realmente modernizzare l'autonomia? Con questo intendo che bisogna riconoscere anche i mistilingue. Glielo dico sinceramente. Ci ho pensato tutta la notte e mi sono chiesta: che cosa faccio? Se voto a favore del presidente, sono sicura che i colleghi della stampa commenteranno il mio voto con: 'Sono sicuro che l'Artioli vuole qualcosa dal presidente'. O il presidente glielo ha chiesto. Dopo però ho pensato: 'Che diritto ho io - che ho preso 2.000 preferenze - di dire che il consigliere Kompatscher - che ha preso 83.000 preferenze - non deve fare il presidente? Perciò io ho deciso, anche se Lei non me lo ha chiesto, e forse questo non Le fa nemmeno piacere che io voti a Suo favore. Perché mi hanno riferito anche questo, che magari Lei non è nemmeno contento. Io voterò a Suo favore e Le do questa possibilità di credito in quanto nel programma di coalizione è indicato che Lei vuole cam-



biare tutte queste cose. Mi auguro che Lei abbia ascoltato i miei punti e che li porti avanti. Questo però non vuole dire che io non controllerò il Suo operato e non significa che non farò opposizione se Lei non farà queste cose. Ripeto la mia posizione, la differenza tra 2.000 e 83.000 preferenze espresse dai sudtirolesi. Se si parla di democrazia e di rispetto, gli elettori hanno spiegato chi deve essere il nostro presidente. Per questo motivo voterò a favore, pur tenendo sotto controllo il Suo operato.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** In meinem Leben habe ich vier Südtiroler Bischöfe und fünf Päpste erlebt. Heute ist wirklich ein historischer Moment in meiner Südtiroler Biografie, denn es tritt der dritte Südtiroler Landeshauptmann in mein Leben.

Der neue Landeshauptmann ist ein Mann meiner Generation. Er versprach und verspricht Erneuerung. Man spürte in unserem Land vor einigen Wochen einen ganz besonderen, neuen Wind. Nach dem Verlust der absoluten Mehrheit der SVP war es interessant mitzuerleben, wie man spekuliert und überlegt hat, ob es denn eine neue und wirkliche Koalition geben würde. Es sind sogar die Namen zu uns gedrungen, von denen man sonst nur anderswo in Europa spricht. Auch bei uns hat man plötzlich von schwarz-grün, rot-grün. Schwarz-gelb gesprochen, wobei es nicht immer leicht war zu verstehen, wie man diese Etiketten verteilen soll. Wer rot ist, war nicht klar, und ob die SVP schwarz ist, war auch nicht klar. Einen Moment lang war das aber ein bunter Wind, ein laues Lüftchen echter Demokratie! Das war aber bald zu Ende. Ich war an einem bestimmten Abend in der Bozner Innenstadt unterwegs, als offiziell wurde, was eigentlich schon alle wussten, nämlich, dass die neue Koalition die alte Koalition sein würde. Da ging ein Seufzer der Enttäuschung durch die Stadt.

Ab dem Moment hat sich ein grauer Schleier über die gesamte Regierungsbildung gelegt. "Die Erneuerung, das sind wir", drang aus den Zentralen in der Brennerstraße und am Dominikanerplatz. Die Biologie lehrt uns etwas anderes, nämlich, dass das Neue in der geschlechtlichen Fortpflanzung entsteht, indem sich zwei zusammen tun, die sich eigentlich fremd sind, aber Interesse einander haben. Vielleicht sollten wir etwas davon lernen, denn hier ist das nicht geschehen.

Ich werde jetzt ein paar Worte auch zu den Personalentscheidungen sagen, die wir aus den Medien entnommen haben. Nachdem die Opposition in Zukunft ernst genommen werden soll, kann man vielleicht auch noch etwas ändern. In Teams braucht es Männer und Frauen, die beide entsprechend mit Kompetenzen ausgestattet werden. Eines sind die Quoten, die rational vergeben werden und unserem Gerechtigkeitsbedürfnis entspringen. Ein echter Glaube daran, dass nur Männer und Frauen gemeinsam etwas erreichen und Neues schaffen können, müsste einziehen und Frauen müssten tatsächlich mit Kompetenzen ausgestattet werden. Arno Kompatscher, Du bist von sehr vielen Frauen gewählt worden, und deshalb ist es enttäuschend, dass Du eine Regierung zusammensetzt, in der nur eine Frau etwas zählt. Du wirst die Südtiroler Frauen in diesem Sinne enttäuschen. Es wird also nicht an der Frisur liegen.

Alle wichtigen Agenden werden beim Landeshauptmann selber liegen. Die Rollenaufteilung ist fast noch traditioneller als unter dem abgetretenen Monarchen. Bevor Barbara Repetto von ihrem Parteikollegen aus dem Landtag prozessiert wurde, hatte sie doch einige interessante, nicht a priori weiblich besetzte Agenden inne. Für die Regionalregierung scharren ebenfalls wieder nur Hengste in ihren Boxen. Ich erwarte mir, dass zumindest eine Frau die Landeshauptmannstellvertreterin wird. Arno Kompatscher, wir Frauen haben hier Erwartungen an Deine nächsten Entscheidungen!

Und wenn ihr schon soweit seid, schlüpft doch auch kurz einmal in die Rolle der anderen Sprachgruppen. Auch in diesem Sinne gälte das Prinzip der Erneuerung durch Erweiterung. Doch was erleben wir? Anstatt über den Verlust der italienischen Volksgruppe in die demokratische Vertretung zu sinnieren, gibt es seit Wochen den erbärmlichen "spettacolo" über die Machtverteilung innerhalb des PD. Quote e Poltrone! Posti e poltrone! Proportionale e poltrone! Il problema, cari colleghi del PD, – e ringrazio il collega Tommasini per essere rientrato in aula – non è se avete un secondo assessore. Il problema è che gli italiani e le italiane di questa terra non si sentono rappresentati da voi. Ecco perché era interessante integrare la presenza del PD con il più eletto dagli italiani. Invece proprio voi eravate interessati solo a restare senza concorrenza all'interno della giunta. Non credo neanche fosse una questione di potere, ma probabilmente era il timore di trovarsi accanto qualcuno come noi, con una vera passione per la politica, con idee e non solo con l'obbiettivo di gestire il potere. In questo, signori colleghi del PD, avete un'importante responsabilità verso il gruppo italiano che così debolmente rappresentate. Perché dov'è la vostra firma in questo programma di coalizione? Dov'è Bolzano che neanche fisicamente rappresentate in questa giunta? Dove è la scuola plurilingue, l'unica condizione che in campagna elettorale avete timidamente posto? La vostra firma purtroppo si nota solo nella richiesta dalla seconda poltrona. Che tristezza! Mi aspetto da voi che vi

rinnoviate profondamente, che sappiate dare un'idea di politica che non sia il cinismo della gestione, ma l'entusiasmo e la mission di poter fare qualcosa per la comunità che rappresentate.

Ich erwarte mir vom Landeshauptmann Mut zu einigen wichtigen Entscheidungen. Du hast viel von Bildung gesprochen, die im Papier, das Du uns ausgehändigt hast, an vorderster Stelle steht. Dort sticht fast schon schmerzhaft zweimal der Ausdruck Qualitätssicherung hervor. Ich wünsche mir, dass es in der Schule Südtirols weniger um Standards und neue Bürokratiemechanismen gehen wird, sondern um jene Erneuerung, die wirklich gewünscht wird. Bitte erinnert euch an die Debatte in Innsbruck. Was haben die jungen Studentinnen und Studenten von uns gewünscht? Das ist die zukünftige Intelligenzia Südtirols, die klugen Köpfe! Das sind nicht die letzten Missionare einer urbanen Mehrsprachigkeit! Das ist die Elite, die sich heranbildet und mit aller Kraft eine mehrsprachige Schule verlangt. Warum hört Ihr da nicht hin? Macht bitte eine Umfrage unter den Familien Südtirols, insbesondere jener der Städte! Erzählt in Europa, wenn ihr unser Autonomiemodell herumreicht, auch von den armseligen Sprachkenntnissen unserer Jugendlichen und wie wenig die diversen Kulturen im Lande voneinander wissen. Ich befürworte den CLIL-Ansatz, der explizit genannt wird, aber er wird dem Bedürfnis, das aus der Bevölkerung dringt, nicht gerecht. Moderne Europäer wissen das, Arno Kompatscher. Ich erwarte mir hier da einfach mehr, auch von einem jungen Bildungslandesrat, dem ich alles Gute wünsche. E qui mi aspetto anche più forza dal PD. Bitte, seid in dieser Sache europäisch und lasst euch nicht von einigen verschrobenerenen Populisten vor Euch her treiben!

Freude gibt es über ein neues Raumordnungsgesetz und die neue Umweltpolitik. Ich finde es allerdings immer wieder interessant, wie man sich in der SVP von dem distanziert, was man bisher selber hervorgebracht hat. Ich erinnere mich an eine Präsentation, bei der ein Assistent des damaligen Landesrat Laimer mit Kopfschütteln und Missbilligung Folien zur Zersiedelung Südtirols in den letzten 20 Jahren gezeigt hat und damit schloss, dass es eine neue Raumordnungspolitik brauche. Genau das braucht es!

Im Regierungsprogramm wird mehrmals von Dialog und Konsens gesprochen, auch von der neuen Methode, die Einzug halten soll. Partizipation bedeutet aber nicht, mit dem roten SVP-Büchlein durch das Land zu tigern. Partizipation ist weit mehr und braucht auch Regeln. Der künftige Landeshauptmann hat in seiner Gemeinde schon gezeigt, dass er hier Bescheid weiß, aber was neue Gesetz zur direkten Demokratie anbelangt, darf man durchaus skeptisch sein.

Ihr wollt den Landtag aufwerten, aber gleichzeitig wird der zukünftige Landtagspräsident jemand sein, den ich bisher nicht als Dialogexperten kennengelernt habe. Als Präsidentin der Bozner Mobilitätskommission habe ich drei Jahre lang darauf gewartet, dass er einmal zu uns kommt und mit der Landeshauptstadt über deren Mobilitätskonzepte spricht. Ich empfehle einschlägige Weiterbildungsveranstaltungen zur Stärkung dieser Kompetenzen.

Die neuen Wege, die im Schlusssatz angesprochen werden, wollen wir mitbeschreiten. Messen wird man das, was nun geschieht, nicht nur am Prozess, sondern auch an der Methode. Beim Nachhaltigkeitskongress letztes Jahr in Brixen sprach der Postwachstumsökonom Nico Paech davon, dass die Politik sehr wenig leisten kann und meistens nur Möglichkeiten für die Erneuerung schaffen kann, die aber immer aus der Gesellschaft kommt. Vielleicht könnte dies ein Ziel sein: Nicht die Erneuerung versprechen, sondern ein waches Ohr und ein offenes Auge für jene Erneuerungsprozesse haben, die in der Südtiroler Bevölkerung schon am Keimen oder am Fruchten wären, wenn sie die Politik nur zulassen würde. Für unser Land wäre dies wohl der größte Schritt zu einer neuen, besseren und besser zusammenlebenden Gemeinschaft. Vielen Dank!

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Werte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf im Gegensatz zu den Kollegen ein bisschen weiter ausholen und mich auf meine Profession zurückziehen. Wir stehen zwar nicht in einem Epochenjahr der Südtiroler Zeitgeschichte, aber doch an einem wichtigen Einschnitt. Wir halten an einer Zäsur, die historisch zu nennen zwar ein wenig hoch gegriffen wäre, die aber mit der heutigen Wahl und Amtsübergabe doch einen kurzen geschichtlichen Exkurs verdient. Lassen Sie mich daher – getreu meiner Profession und meines professoralen Habitus - ein wenig ausholen.

Dem Amt des Landeshauptmanns kommt in Tirol seit jeher eine besondere Rolle zu. Es findet sich erstmals erwähnt vor genau 700 Jahren, im Jahr 1314. Seit dem Spätmittelalter war der Landeshauptmann der Vertreter von Fürst und Landschaft zugleich, den Anliegen des Grafen von Tirol ebenso verpflichtet wie jenen der Stände. Er stand zwischen Landesfürst und Landständen, zwischen Fürst und Volk. Daher kommt auch die herrschaftliche Anmutung, die seinen Titel bis heute umweht. Der Landeshauptmann verkörperte vorab die Landesverteidigung und war jene Zentralfigur, die die eigene Verteidigung Tirols organisierte und lenkte. Der sogenannte Zuzug, das militärische Aufgebot der Schützen, wurde von ihm geleitet und ihm wurde damit über die Verwaltung des Landes hinaus eine existenzielle Verantwortung für Tirol aufgebürdet. Wohl und Wehe des Landes lagen zeitweilig in sei-



ner Hand, seine Persönlichkeit war ein Referenzpunkt des Landes. Aus all diesen Gründen ist der Begriff "Landeshauptmann" heute noch politisch, historisch und emotional stärker aufgeladen als das deutsche Pendant des Ministerpräsidenten oder des Presidente della Giunta, kraftvoller auch als der aufgeblasene Begriff Governatore, bewahrt er doch seinen alten, vordemokratisch-wehrhaften Begriffskern. Manche Landeshauptleute wurden Legendären, wie Leonhard von Völs, der am Beginn der Neuzeit um 1500 als Vertrauter von Kaiser Maximilian I. wie ein italienischer Renaissance-Fürst über Tirol herrschte, mit Pracht- und Prunkentfaltung und Schloss Prösels als bleibendem Erinnerungsort.

Die Ausstrahlung des Begriffs Landeshauptmann blieb über Jahrhunderte hinweg ungebrochen, dank der besonderen Mischung von Fürstlichkeit, Wehrhaftigkeit und bodenständiger Volksnähe. Er hat in Tirol bedeutende Repräsentanten für das Amt gewonnen: Im Kronland Tirol im 20. Jahrhundert den konservativen, hoch angesehenen Theodor Kathrein zwischen 1904 und 1916, der im Amte einem Herzanfall erlag, nach dem Krieg im Bundesland 1963 bis 1987 den unvergessenen, aus Südtirol stammenden Eduard Wallnöfer, dessen von Schlitzzohrigkeit und Trinkfestigkeit beseeltes Verhandlungsgeschick auch der rote Bundeskanzler Bruno Kreisky zu schätzen wusste.

Die Position des Landeshauptmanns erscheint in Südtirol nach 1945 noch stärker als im Norden akzentuiert, gewiss als demokratisch legitimerter, aber durch seine Persönlichkeit wirkender Verwalter und Gestalter der Landesverhältnisse und als Vertreter zwar ganz Südtirols, aber auch im Besonderen als Exponent der deutschen und ladinischen Minderheit. In einer Region mit Minderheiten, die um Rechtssicherheit und Status ringen mussten, gewann das Amt des Landeshauptmannes neben seiner politischen und administrativen Aufgabenstellung auch charismatische Repräsentationsmacht. Blieben Karl Erckert und Alois Pupp ohne besonderen Glanz, auch wegen ihrer durch Tod jäh beendeten Amtszeit, so entfalteten Silvius Magnago - 1960 bis 1989 – und Luis Durnwalder - 1989-2014 - bekanntermaßen ein hohes Maß an Leadership und Strahlkraft. Dies war nicht nur das Verdienst eigener Talente und Fähigkeiten, sondern auch die Folge des ungewöhnlichen Vertrauens und der Hingabe, die Bürgerinnen und Bürger in sie setzten. Sie wuchsen in und an ihrem Amt, getragen auch von den besonderen Heils- und Erlösungshoffnungen, die Minderheiten in ihre politischen Führer setzten. Minderheiten wünschen sich entschiedene Leader, die Identität ausstrahlen und machtvoll verkörpern. Südtirols Landeshauptleute sind diesem Bild gefolgt, nicht nur kraft eigenen Charakters, sondern auch geformt vom Wunsch der Bürger nach einer starken Präsenz. Mit einer biblischen Metapher ließe sich die Sehnsucht der Minderheit nach einem starken Landeshauptmann als "Moses-Syndrom" bezeichnen: Moses, der sein Volk zur Erlösung durch das Rote Meer führt. Das ist ein inneres Bild, das auch die kollektive Phantasie von Minderheiten anleitet und den Amtsträgern mehr Macht und Charisma verleiht, als einer Demokratie eigentlich gut täte.

Nun, – und damit komme ich zur Regierungserklärung – diese unangefochtene und überhöhte Leadership soll ein Ende haben, der Regierungsstil sich gründlich ändern. Kompatscher selbst wünscht verstärkte Teamarbeit, Aufwertung und Autonomie der Landesräte, verbesserte Abstimmung mit ihnen, aber auch mit politischen Kräften aller Sprachgruppen, Institutionen, Vereinen und Verbänden, in einer Haltung des Dialogs, die nicht nur zu faulen Kompromissen führt, sondern zu engagiert verhandelten Lösungen. "Mehr Dialog wagen", so ließe sich in Abwandlung des Diktums von Willy Brandt "Mehr Demokratie wagen" die Haltung des neuen Landeshauptmanns charakterisieren. Der Begriff "Demokratie" findet sich – darauf hat der Kollege Pöder hingewiesen - jedoch nur einmal in der Regierungserklärung. meinem Eindruck nach ist sein Begriff von Teamarbeit stärker einer neuen Effizienz verpflichtet als dem Aufbau neuer demokratischer Mündigkeit in Südtirol.

Wichtig ist aber sein Ansatz, den einzelnen Bürger/die einzelne Bürgerin in seiner/ihrer Verantwortung zu stärken, sie/ihn zu ermutigen und zu ermuntern, selbstverantwortlich zu handeln und nicht vom Land, vom korporativen Netzwerk von Vereinen, Verbänden und Interessensgruppen das Heil zu erwarten. Das ist eine gute liberale Tradition, die freilich im Alpenraum stets auf schwachen Grundlagen gestanden ist. Die Vermittlung dieser Haltung ist daher ein Projekt auf lange Sicht, denn die unstrittig hohe Leistungsbereitschaft der Südtirolerinnen und Südtiroler bleibt bis heute stets verhaftet im Geflecht von Gemeinschaften und Interessengruppen. Wir werden ja sehen, ob sich dies ändert.

Im Mittelpunkt der Regierungserklärung steht die Bedeutung des Einzelnen, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen als Voraussetzung persönlicher Würde und Sicherheit, aber auch der Zukunftsfähigkeit des Landes. Dies ist ein großer Prüfstein, an dem sich die Qualität der künftigen Regierungsarbeit ermesen wird. Wird es gelingen, die innovativen Potenziale in Südtirols Wirtschaft zu stärken, und zwar so, dass neben erhöhter Wertschöpfung auch attraktive Arbeitsplätze für Jugendliche, für hohe Begabungen entstehen? Dies hängt an den staatlichen, bei Gott nicht guten Rahmendingungen, aber auch am entschiedenen Erneuerungswillen, den eine veränderte Standortpolitik, eine schlankere Verwaltung, ein dynamischer Bildungssektor von Seiten des Landes

einzubringen vermögen. Die Bündelung von Wirtschaftsressorts im Amt des Landeshauptmanns und die Hinzu-  
nahme von Innovation und Universität sind ein wichtiges Signal.

Mit der Erneuerung der politischen Kultur, der wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen muss allerdings  
auch ein Neuaufbau der Autonomie einher gehen. Ihre Reform ist überfällig. Sie muss Schritt um Schritt erfolgen,  
nicht in handstreichartigen Aktionen in Rom – siehe Sechser-Kommission-, sondern vor allem im Land selbst, als  
ein Projekt, das Bürgerinnen und Bürger einbezieht, als neuer Verfassungsprozess, für den der Konvent ein ge-  
eigneter Rahmen ist. Es braucht nicht nur die Anpassung von Normen, sondern auch die Stärkung eines Südtiroler  
Verfassungspatriotismus, den sich Kompatscher im Gefolge von Habermas zu Recht auf die Fahne geschrie-  
ben hat. Wenn nämlich nicht alle Sprachgruppen die Autonomie mittragen, wenn sich ein Teil der Bürgerinnen und  
Bürger in jener Lethargie und Teilnahmslosigkeit verliert, die die Politik auf Staatsebene provoziert, dann steht es  
um das gemeinsame Haus Südtirol nicht gut. Der Koalitionspartner PD hat im Verlauf der Koalitionsgespräche  
leider keinen guten Eindruck gemacht und die Anliegen der italienischen Sprachgruppe nicht mit der notwendigen  
Würde vertreten. Seine Sesseljagd riecht zu sehr nach alter Politik, für deren Erneuerung unsere Partei durchaus  
eingestanden wäre. Dies ist aber ein abgeschlossenes Kapitel, dem wir ohne Phantomschmerzen nachtrauern.

Arbeit und Autonomie, Freiheit und Verantwortung, Gerechtigkeit für Geschlechter und Generationen, auch  
für die neuen Bürger unseres Landes, das Kernthema Familie und der Bauplan für ein gemeinsames, erneuertes  
Haus Südtirol sind gute Ausgangspunkte der Regierungserklärung. Unterschätzt hingegen erscheint der außeror-  
dentliche Rang von Natur, Landschaft und Ökologie, die neben der kulturellen Vielfalt einen zweiten ungeheuren  
Mehrwert Südtirols darstellen. Wir Grüne stehen ein für eine kritische und konstruktive Begleitung des Projekts, in  
jener Haltung entschiedener, verantwortungsvoller, keinesfalls nicht verbissener Opposition, die unsere Arbeit seit  
jeher charakterisiert. Eine solche Haltung ist ebenso notwendig wie eine unmittelbare Beteiligung an der Regie-  
rungsarbeit, die dieses Mal noch nicht möglich war. Unser Nein zu Arno Kompatscher ist daher Teil jenes Dialogs  
zwischen Mehrheit und Minderheit, der klare Verhältnisse wünscht, im Geist jener Verantwortungsethik, die wir  
Grüne über den politischen Alltag hinaus stets zu üben bestrebt sind.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Ich schicke vor-  
aus, dass es vollkommen richtig ist, dass Arno Kompatscher heute zum neuen Landeshauptmann gewählt wird.  
Mit einem Wahlergebnis von mehr als 80.000 Vorzugsstimmen haben die Bürger das ganz einfach so gewünscht.  
Arno Kompatscher wird mein Vertrauen heute nicht erhalten, was ich aber nicht mit Misstrauen gleichsetzen  
möchte. Er muss sich dieses Vertrauen einfach noch verdienen. Unter seinem Vorgänger Luis Durnwalder hat sich  
in Südtirol viel bewegt, wobei es nicht von der Hand zu weisen ist, dass viel Positives geschehen ist. Andere Ent-  
wicklungen waren hingegen negativ. Die negativste Entwicklung von allen ist meines Erachtens die große Distanz  
zwischen den Bürgern und der öffentlichen Verwaltung im Allgemeinen, vor allem aber den Bürgern und der Poli-  
tik. Dies schlägt sich in den stetig sinkenden Zahlen der Wahlbeteiligung, aber auch in der Meinung der Bürger  
nieder, dass die Politik und das echte Leben zwei verschiedene Welten sind. Deshalb ist es eine der Hauptaufga-  
ben des neuen Landeshauptmannes, diesen Riss wieder zu kitten. Das ist mit dem Verkauf des dicken, fetten  
Mercedes seines Vorgängers noch lange nicht erledigt. Es braucht ein Regieren im Sinne der Bürger und nicht im  
Sinne der Verbände, der Seilschaften und des befreundeten Teils der Wirtschaft, die immer wieder zum Zuge  
kommt. Wir lesen von einem neuen Stil, von Kooperation und Konsenssuche, was natürlich positiv ist. Wir lesen  
auch von einer Stärkung der Legislative und vom Willen, die Bürger mitentscheiden zu lassen. Dies wird sich bald  
schon zeigen, denn im Februar wird die Direkte Demokratie auf dem Prüfstand stehen. Wir werden ja sehen, ob  
den Bürgern effektiv ein Initiativ- und Entscheidungsrecht zugestanden wird oder nur ein bisschen Mitsprache-  
recht.

Das Regierungsprogramm ist – ich denke bewusst – sehr generisch gehalten. Der Kollege Heiss hat vorher  
gesagt, dass das Wort "Demokratie" nur einmal vorkomme; das Wort "Umwelt" kommt überhaupt nicht vor, wenn  
ich das richtig gesehen habe. Über dieses Thema sollten wir aber schon reden, denn das ist unsere größte Res-  
source, die wir haben.

Wie ernst es mit der Erneuerung gemeint ist, wird sich, wie gesagt, bald zeigen. Ich persönlich werde jeder-  
zeit für echte Erneuerung zur Verfügung stehen. Ich denke, dass der neue Landeshauptmann intern in seiner  
Partei die größten Konkurrenten haben wird, wenn er es wirklich angehen will, echte Erneuerung durchzusetzen.

Die Koalition mit dem Partito Democratico, die SVPD, wie ich sie nenne, spricht eher für Kontinuität als für  
Erneuerung. In den letzten Wochen und Monaten standen eher die Posten im Vordergrund als echte Inhalte. Die  
Rolle der 5-Sterne-Bewegung liegt ganz eindeutig in der Opposition. Meine Rolle wird hauptsächlich jene sein, die  
Bürger draußen zu informieren, was hier im Palast so geschieht. Wir sind im Grunde genommen die Angestellten

der Bürger, denn wir verwalten ihr Geld und sollten deren Willen umsetzen. Das scheint einigen Kollegen aber hin und wieder zu entgehen. Wie gesagt, ich stehe jederzeit zur Verfügung für eine Zusammenarbeit in Bezug auf konkrete Themen. Ich lese in diesem Regierungsprogramm sehr viele gute Absichten: Abbau der Bürokratie – das steht auch in unserem Programm –, Stopp des Ausverkaufs der Heimat, Unterstützung der Klein- und Mittelunternehmen, Abbau der IRAP und gleichzeitiger Stopp des Gießkannenprinzips. "Niemand soll zurückbleiben", hat Arno Kompatscher gesagt. Das war auch der Wahlslogan des Movimento 5 Stelle bei den Parlamentswahlen, und deshalb kann ich das voll unterschreiben. Ich werde auch für einen weiteren Ausbau der Autonomie Südtirols zur Verfügung stehen. In diesem Sinne sehe ich mich als gewählter Vertreter der Bürgerliste Movimento 5 Stelle Südtirol als Vermittlungsmann mit der nationalen 5 Sterne Bewegung und ihren circa 160 Parlamentariern. Wie bekannt ist, steht die 5 Sterne Bewegung für einen föderalistischen Staat, für die Stärkung der Subsidiarität und der Eigenverantwortung für direkte Demokratie ein. Ich denke, dass die 5 Sterne Bewegung hier einen entscheidenden Beitrag leisten kann.

Generell wird der Beitrag der 5 Sterne Bewegung und mein persönlicher Beitrag konstruktiv sein. Ich möchte das Regierungsprogramm als working progress oder als Werkstatt bezeichnen. Wir werden alle Maßnahmen für eine bessere Lebensqualität der Südtiroler Bürger unterstützen, ganz egal von welcher Partei sie kommen. Wir haben keine ideologischen Ansätze. Genauso wird unsere Position für all das, was wir nicht in diesem Sinne erachten, kompromisslos sein. Wir lassen uns nicht kaufen, weder mit Geld, noch mit Posten. Unsere Neins werden also kompromisslos, aber immer begründet sein. Sie werden nicht vorurteilsbehaftet sein und, soweit möglich, mit Alternativvorschlägen verbunden sein. Wir haben ein gemeinsames Ziel, nämlich das Wohl der Leute in Südtirol. In diesem Sinne wünsche ich Dir, lieber Arno, viel Glück und eine gute Arbeit! Danke!

**KLOTZ (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Über verschiedene Sachinhalte werden wir dann reden, sobald der gewählte Landeshauptmann seine Regierungsmannschaft vorstellen wird. Deshalb kommen heute von meiner Seite einige kurze, aber wichtige Schwerpunkte.

Arno Kompatscher ist gut beraten, wenn er an Visionen denkt, aber auch auf jene hört, die wissen, wie verschiedene Dinge in der Vergangenheit abgelaufen sind. Dieses Regierungsprogramm geht von zwei großen Irrtümern aus. Ein Irrtum ist jener, dass Sie es sind oder die Landesregierung, die die Rahmenbedingungen schaffen kann, damit eigenverantwortliches Handeln möglich ist. Das stimmt nicht, denn diese Rahmenbedingungen gibt immer noch der Staat vor. Sie können sagen, dass wir die Gemeindesteuern vielleicht - es ist ja noch nicht sicher – in einem bestimmten Rahmen selbst regeln können. Ein Wirtschaftsjournalist nennt das in diesem Zusammenhang ein Trinkgeld, gemessen an dem, was wirklich Sache ist, wenn es um die steuerlichen Rahmenbedingungen geht. Die Realität ist eine ganz andere, Arno Kompatscher, und deshalb heißt es aufpassen. Der zweite Irrtum befindet sich auf Seite 11 des Regierungsprogramms: *"Die Südtiroler Kulturlandschaft hat in den letzten Jahren eine enorme Entwicklung durchgemacht, sodass die kulturelle Identität heute auf einer soliden Basis steht."* Das stimmt nicht! Im selben Zusammenhang reden Sie dann auch davon, dass Sie mit dem Autonomiekonvent in Sachen Proporz etwas ändern möchten, damit der Regierungspartner PD diesbezüglich endlich zufrieden ist, so nach dem Motto "böses Kind verlangt viel, böses Kind bekommt viel, braves Kind verlangt nichts, braves Kind bekommt nichts!" Dass Ihr Euch davon treiben lässt, was die von Euch verlangen, war so widrig und ungut! Zu glauben, dass die kulturelle Identität gesichert sei, stimmt nicht. Kollegin Foppa, vielleicht erlebst Du es noch: Mehrsprachigkeit ist laut den großen Kapazitäten, die sich mit dem Werden und Vergehen von Völkern befasst haben – ich denke an den großen Völkerrechtsexperten Diderot, der leider schon verstorben ist - ... Dieser hat gesagt, dass wirkliche Mehrsprachigkeit ein kurzer Wartesaal sei, um in die Einsprachigkeit des Staates überzugehen. Die echte Mehrsprachigkeit in einer Gesellschaft gibt es nicht, weil nicht alle gleichermaßen begabt sind. Ich gebe all jenen Recht, die sagen, dass die Fremdsprachkompetenz verbessert werden muss, aber zu glauben, dass das mit der Öffnung in den Sach- und Fachunterricht erreicht werden könnte, ist eine Gutgläubigkeit. Ich schicke Ihnen dann persönlich den Aufsatz von Etienne Andrione aus Aosta zu. Bitte beherzigen das! Der dritte große Irrtum besteht also darin zu glauben, dass CLIL unter Wahrung des Artikels 19 des Autonomiestatutes möglich sei. Das ist nicht möglich! Hier begibt man sich auf ein ganz gefährliches und dünnes Eis. Ich warne Euch! Lest einmal nach, was die ersten Schulamtsleiter – Ferrari und andere – beseelt hat, um für das muttersprachliche Prinzip zu kämpfen. Das war ein harter Kampf, und Ihr seid dabei, das preiszugeben! Oberschüler haben uns in Zusammenhang mit unserem Wahlkampf bestätigt, dass heute noch im Italienschunterricht die "Divina Comedia" zu pauken ist, und deshalb müsst Ihr verstehen, dass der Ansatz in die richtige Richtung gehen muss! Es müssen zeitgemäße Inhalte mit modernen Methoden vermittelt werden! Es braucht eine bessere Ausbildung der Lehrer,

aber zu glauben, dass die zwingende Wahrung des Artikels 19 des Autonomiestatutes mit Sach- und Fachunterricht in der anderen Sprache zu bedienen sei, ist ein Irrglaube.

Ich habe meine wichtigsten Anliegen erwähnt und möchte abschließend feststellen, dass das für jemanden, der über einen eigenen souveränen Staat regiert, eine interessante Regierungserklärung wäre. Der Ausdruck "Volkstumspolitik" kommt gar nicht vor, obwohl es ohne diese nicht gehen wird. Das dürft Ihr nicht vernachlässigen! Denkt an die Leistungen und Opfer Eurer Vorgeher! Denkt aber auch an die Opfer jener, die nicht Eure Vorgänger waren, aber den Kopf mehr hingehalten haben als Eure politischen Väter und Ziehväter! Arno Kompatscher, ich habe Dir im Wahlkampf einmal gewünscht, dass Du nicht abhängig werden sollst. Das wünsche ich Dir weiterhin. Vor allen Dingen aber wünsche ich Euch allen, dass Ihr nicht weiterhin von Leuten wie Christian Tommasini und dessen Strippenziehern in Rom abhängig seid! Das römische Parkett ist zu glatt für Eure Gutgläubigkeit!

**TOMMASINI (Assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere pubbliche - Partito Democratico - Demokratische Partei):** Grazie, presidente. Cari colleghi, io voterò, noi voteremo con grande convinzione per Arno Kompatscher, non solo come nuovo presidente ma anche come persona che io ho avuto modo di conoscere meglio in queste settimane di trattative di costruzione del programma fatto insieme. Voteremo; oltre alla persona, anche il programma che Arno Kompatscher incarna. Credo che noi dovremmo soffermarci soprattutto sul programma, su queste dichiarazioni che delineano una precisa idea di società. Capisco che sia più divertente e facile soffermarsi sui discorsi di questi giorni, ossia su cosa chiedeva o non chiedeva il Pd. Credo che in questo momento dobbiamo mettere al centro non solo le dichiarazioni del programma ma quello che sarà il lavoro effettivo dei prossimi anni in questa terra e l'idea di società che c'è dietro al programma e alle dichiarazioni che sono state esposte da Arno Kompatscher qualche ora fa, che in questo momento stiamo discutendo. La nostra società è profondamente cambiata, si sta trasformando. E' cambiata la struttura della famiglia; è una società che sta invecchiando al cui centro stanno anche i processi e le trasformazioni, i flussi migratori. Tutte queste sfide, queste 'Herausforderungen', vengono affrontate, vengono chiamate per nome e gli si dà delle risposte o quantomeno si cerca di dare un via, un indirizzo, una direzione. Credo sia importante sottolineare questo. Al centro di questo programma c'è l'idea di una cittadinanza attiva. C'è l'idea del cittadino che ha una sua responsabilità. Io ho apprezzato il passaggio, in quanto non è scontato - e dobbiamo sottolinearlo - in cui non c'è solo la concessione dell'amministrazione pubblica. Noi possiamo affrontare le sfide che abbiamo di fronte solo se tutti percepiamo di essere parte di un progetto, parte di una società in cui dobbiamo costruire questa rete di protezione e dare a tutti le opportunità di farcela. Di farcela attraverso le proprie gambe e di sostenere chi rischia di rimanere indietro. Alle volte, se vengono usate troppo le parole sussidiarietà e solidarietà, possono sembrare parole vuote, ma nel discorso di Arno Kompatscher erano inserite nei punti giusti. Chi ha seguito l'esposizione del programma capisce come la solidarietà stia in rapporto con lo sviluppo personale. L'idea di cittadinanza quindi, è un'idea di cittadinanza piena. Noi stiamo passando da una società ed anche da un modello di politica basata su 'l'uomo forte al comando' e comunque su di un modello di società in cui in qualche modo si procedeva dall'alto al basso ad una società molto più complessa. Alcune delle sfide, alcune delle trasformazioni che avevamo di fronte come ad esempio la trasformazione del ruolo della famiglia, e lo si vince anche nell'edilizia abitativa osservando che le domande erano di un certo tipo fino a qualche anno fa mentre oggi sono di un altro tipo; o l'esigenza rispetto alla pubblica amministrazione ci dicono noi oggi per affrontare i problemi complessi, interrelati che abbiamo di fronte dobbiamo necessariamente avere un'idea di risoluzione dei problemi e anche di ruolo della politica più 'a rete'. Non ce la si fa più da soli indicando o delegando completamente ad una persona il ruolo di comando, ma ce la facciamo tutti quanti solo se costruiamo questa rete. Per questo è importante la sfida e non è solo retorica il fatto che Arno Kompatscher abbia inserito questa forte 'Betonung', sottolineatura, del rapporto con le parti sociali, del rapporto con il 'Miteinbeziehung', il coinvolgimento di tutti i cittadini e tutte le cittadine nei processi decisionali. Come anche nell'"Aufwertung", della valorizzazione di questo Consiglio provinciale. Guardate, sarà naturalmente una sfida complessa e meno semplice. Io credo sia la direzione giusta. Ne sono veramente convinto. Questo perché è cambiata la società e siamo in una nuova fase: un modello di 'governance' diciamo 'Top Down', dall'alto al basso, ad un modello in cui la politica ha il compito non solo di mediare, ma anche di dare una direzione ad una società le cui spinte sono spesso centripete e di mettere al centro il cittadino e dare a tutti l'opportunità di sviluppare anche le proprie ispirazioni di vita e contemporaneamente contribuire alla crescita della società. E' una sfida difficilissima, ma qui dentro c'è. Guardate che non è scontato e non è stato ancora sufficientemente sottolineato come il lavoro sia al centro. Si è partiti dal lavoro. Il lavoro oggi è centrale, ed ha fatto bene Kompatscher a sottolineare come noi fino ad ora abbiamo avuto la 'Vollbeschäftigung', negli ultimi anni natu-



ralmente, perché siamo stati bravi, si è costruito e si è investito. Oggi noi abbiamo una sfida nuova: pensiamo a nuove generazioni e saremo più flessibili. I giovani troveranno un mondo diverso da quello che hanno trovato i loro padri e i loro nonni, non necessariamente peggiore, ma sicuramente diverso. E' rispetto a queste sfide che noi vogliamo mettere al centro gli strumenti della formazione e dell'innovazione per poter dare alle generazioni attuali gli strumenti per farcela personalmente e per contribuire alla crescita della società. Quando noi parliamo di plurilinguismo, non lo facciamo per fare un dispetto a qualcuno o perché vogliamo rivoluzionare o perché siamo dei 'böse Teufel' che vogliamo mettere in discussione i nostri sistemi di autonomia. Wir wollen wirklich, dass unsere Kinder, unsere Jugendlichen, unsere ganze Gesellschaft mehrsprachig wird. Das ist nicht nur eine Voraussetzung, um einen Arbeitsplatz zu finden, sondern das ist ein Mittel, damit sich alle in Südtirol beheimatet fühlen. Lo strumento del plurilinguismo e della conoscenza del territorio è uno strumento attraverso il quale tutti i nostri cittadini, indipendentemente dal gruppo linguistico, possono sentirsi veramente a casa e possono sentirsi veramente parte di un progetto di sviluppo. Questo è anche un altro elemento nuovo che nello sviluppo della nostra autonomia può essere incarnato in questa nuova fase. Quando chiediamo la 'primäre Zuständigkeit' per la scuola. Sappiamo che questa è una sfida dove qualcuno potrà essere contrario, è stato un tabù anche nel mondo italiano, ma sappiamo perfettamente che o noi riusciremo a formare meglio, anche con l'aiuto delle specificità locali in un'area euro regionale – l'Europa è un tema fondamentale, l'aggancio della nostra terra in Europa – quindi Bolzano con Trento e con Innsbruck, in termini di rapporti e di sviluppi sia sulla formazione, sullo scambio dei docenti, sullo scambio dei nostri ragazzi, o noi riusciremo a formarli in questa direzione o non riusciremo a dargli quegli strumenti di cui hanno bisogno. Questa è la grande sfida che è incarnata in questo programma. Il tema del lavoro è al centro, come il tema del plurilinguismo e dalla 'kulturelle Vielfalt', di far percepire il pluralismo culturale che è un elemento su cui possiamo investire ancora in maniera forte. Possiamo investire sull'Alto Adige-Südtirol come terra e piattaforma di collegamento fra il nord e il sud dell'Europa. Questo è il nostro ruolo, questa è la nostra vocazione. Noi vogliamo scommettere sull'Euroregione, in maniera forte e sentirci parte a pieno titolo. Come Arno diceva: 'Voglio essere il presidente di tutti', noi dobbiamo essere in una fase in cui non rappresenteremo solo il Pd o semplicemente una parte, un gruppo linguistico, ma in cui dobbiamo pensare in maniera nuova. Dobbiamo mettere al centro la partecipazione e il sentirsi rappresentati di tutti i cittadini. Sarà una sfida. Come la facciamo questa sfida? Come l'affrontiamo? La affrontiamo con i nostri punti di forza e con le nostre debolezze. Ogni tanto non tutto ci riesce con il massimo della perfezione ma lo affrontiamo mettendoci il massimo di impegno. Lo affrontiamo con una forma a rete e partecipata, insieme alle parti sociali, di idea del ruolo della politica aggiornato alla società contemporanea e anche con l'idea di una riforma, un aggiornamento – nel senso di un ampliamento del nostro Statuto – alla società contemporanea per adeguarlo alla trasformazione della società. La convenzione sarà un passaggio importante. Sarà un passaggio in cui tutti insieme saremo chiamati a scrivere le regole, le carte e la prospettiva per il futuro di questa terra. Quindi con queste prospettive e a partire dal programma che sarà la nostra luce, il nostro faro, noi mettendoci il massimo di forza e di impegno, di competenze personali e collettive, cercheremo non solo di votare oggi per Arno Kompatscher nuovo presidente della Provincia, ma di sostenere questo programma convinti che sia la strada giusta e importante per lo sviluppo dei nostri cittadini e della nostra terra.

**STEGER (SVP):** Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, verehrte Medienvertreter! Südtirol steht vor spannenden, aber auch vor schwierigen Zeiten. Meine Generation hat noch nicht die Unsicherheit gespürt, die wir seit 2008 in Europa und auch in Südtirol spüren. Wir sind in einer Zeit aufgewachsen, in der wir ein Urvertrauen in die Zukunft gehabt haben und in der es Aufschwung gegeben hat. Heute stellen wir fest, dass wir uns nicht nur in einer Wirtschaftskrise befinden. Staaten sind in große Schwierigkeiten gekommen. Es gibt Massenarbeitslosigkeit - auch in Ländern der Europäischen Union -, wobei die Jugendarbeitslosigkeit ein Ausmaß angenommen hat, das es noch nie gegeben hat. Wir sind auch in einer politischen Krise, besonders in Italien. Derzeit haben wir aber auch eine Vertrauenskrise in die Politik zu überstehen. Es gibt eine Gesellschaft, in der ich in den letzten Jahren doch ein bisschen weniger Solidarität, ein bisschen weniger Miteinander und ein bisschen mehr Gegeneinander gespürt habe. In dieser Zeit muss nun eine neue Regierung mit einem neuen Landeshauptmann und einem neuen Landtag die Geschicke Südtirols leiten und die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass wir zur Ruhe und wieder in eine stabile Situation kommen.

Kollege Dello Sbarba, ein Wandel steht vor uns, und diesen werden wir gemeinsam gestalten müssen. Dafür braucht es, wie Sie richtigerweise gesagt haben, einen neuen Stil hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der Opposition, und ich kann Ihnen sagen, dass es auch einen neuen Stil hinsichtlich der Zusammenarbeit der Mehrheit geben wird.

Kollege Leitner, man kann zu Koalitionen stehen, wie man will. Natürlich gibt es immer Situationen, mit der nicht immer jeder einverstanden ist. Auch wir als einzelne Abgeordnete sind nicht immer mit jeder Entscheidung glücklich, die man als Gruppe trifft. Wir sind aber Demokraten und haben eine Koalition gebildet, die hoffentlich eine Mehrheit haben wird. Ich freue mich, dass auch Sie gesagt haben, dass Sie mit Respekt eine sachlich harte Diskussion mit uns führen werden, und darauf freue ich mich. Das wird auch den Landtag stärken.

Ein Wort auch zu Herrn Knoll. Die Südtiroler Volkspartei steht zur Autonomie, zu Europa, zur Überwindung von Grenzen und zu einer weitergehenden europäischen Entwicklung hin zu einem Europa der Regionen. Dafür sind wir in den nächsten Jahren auch Garant. Wir werden uns mit aller Kraft bemühen, auch die Zusammenarbeit mit dem Land Tirol zu verstärken. Der EVTZ, der unter der Führerschaft von Landtagspräsident van Staa gegründet worden ist, wird die Voraussetzung dafür sein, dass wir in wirtschaftlicher, kultureller und sozialer Hinsicht zusammenarbeiten können.

Ein paar Worte auch zum Thema Arbeitsplätze, das von den Kollegen Knoll und Pöder angesprochen worden ist. Weder Landeshauptmann Kompatscher, noch die Landesregierung noch wir als Landtagsabgeordnete werden Arbeitsplätze schaffen können, aber wir werden die Rahmenbedingungen richtig setzen müssen. Es braucht Sprachkompetenzen, Bildungskompetenzen, Mut zu Forschung und Innovation! Dann werden die Unternehmen Arbeitsplätze schaffen können.

Erlauben Sie mir auch, ein paar Worte zum designierten Landeshauptmann Arno Kompatscher zu sagen. Er hat sich in den letzten Monaten durch folgende Punkte ausgezeichnet: gute Vorbereitung, ein breites und fundiertes Wissen, die Fähigkeit zum Zuhören, Verhandlungsgeschick, Entscheidungskraft. Er hat Entscheidungen getroffen, die vielleicht nicht allen gefallen haben, aber er hat sie getroffen, und zwar klar. Wenn Sie sich die Regierungserklärung und das Regierungsprogramm anschauen, so gibt es einen strategischen Ansatz. Vor allem hat mir Arno Kompatscher gezeigt, dass er Mensch geblieben ist, was in Zukunft besonders wichtig sein wird. Er fühlt sich allein dem Allgemeininteresse und nicht Partikularinteressen verpflichtet.

Dialog und Konsens werden die zentralen Bestandteile seines und auch unseres Politikstils sein, ebenso wie Offenheit und Professionalität. Politik, meine Damen und Herren, kann nur den richtigen Rahmen setzen. Das Bild selbst muss von allen ausgemalt werden. Jeder einzelne hat seine eigene Verantwortung. Deshalb wird die Eigenverantwortung – das hat auch der Kollege Heiss gesagt – in den nächsten Jahren ein zentrales Element sein. Natürlich ist es schwierig, jedem einzelnen von uns Verantwortung zu geben, aber alle gemeinsam werden wir das schaffen.

Lieber Arno, wir wünschen Dir viel Geschick und "a guets Handl" bei deinen Entscheidungen und viel Kraft für die große Aufgabe, die Du übernehmen wirst. Die Fraktion der Südtiroler Volkspartei freut sich, Dich zum Landeshauptmann zu wählen!

**PRÄSIDENTIN:** Danke. Sie haben gemerkt, dass ich bei den Stellungnahmen, die Sie abgegeben haben, nicht immer auf die Uhr geschaut habe. Ich glaube auch, dass Sie mit mir einer Meinung sind, dass es jetzt auch etwas mehr Zeit für den designierten Landeshauptmann geben sollte, um auf Ihre Stellungnahmen einzugehen. Es wird wahrscheinlich nicht möglich sein, umfassend darauf einzugehen, aber das eine oder andere Thema möchte er vielleicht doch etwas ausführlicher besprechen.

Ich ersuche den designierten Landeshauptmann um die Replik.

**KOMPATSCHER (SVP):** Geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Südtiroler Landtag! Sie werden sich vielleicht wundern, dass ich wieder hier hergehe und nicht von meinem Platz aus spreche, aber man hat mir gesagt, dass das Mikrofon dort nicht funktioniert, da ich meine Karte nicht doppelt verwenden kann. Deshalb bin ich jetzt wieder hier am Rednerpult.

Ich bedanke mich bei Ihnen allen für Ihre Stellungnahmen, auch für die Kritik, die immer hilfreich ist. Wenn man eine Meinung auch nicht teilt, so ist das doch wichtig, die Meinung des oder der anderen zu hören. Auch in diesem Sinne erachte ich die heutige Debatte als durchaus hilfreich. Die neue Kultur des Dialogs, die ich gemeinsam mit Ihnen allen in diesem Hohen Haus etablieren möchte, setzt nicht nur voraus, dass jene, die Regierungsämter bekleiden, mehr zuhören und mehr auf die Vorschläge und Forderungen der Fraktionen der Minderheit eingehen, sondern dass umgekehrt auch dem zugehört wird, was die Vertreter der Regierung sagen. Bei einigen Wortmeldungen habe ich nicht ganz den Eindruck gehabt, dass man auch tatsächlich zugehört hat.

Es sind ein paar Fragen aufgeworfen worden, die ich versuchen werde zu beantworten. Einige Dinge lasse ich einfach unkommentiert, aber auf ein paar Dinge möchte ich schon eingehen, weil sie so nicht stehen gelassen



werden können, auch deshalb nicht, weil ich kurz vorher das Gegenteil von dem gesagt habe, was nachher kritisiert worden ist.

Der Abgeordnete Dello Sbarba hat sich zum einen zur Koalition geäußert, was durchaus legitim ist. Es ist nun einmal so, dass einige Parteien eine Koalition bilden und die anderen Parteien Opposition sind. Die Kritik an der Passage zum Thema Integration kann ich nicht stehen lassen, denn meiner Meinung nach ist es durchaus sinnvoll, die Integrationswilligkeit ein bisschen mit dem Zuckerbrot zu fördern, das heißt, dass bestimmte Unterstützungen – damit sind nicht Sozialleistungen im engeren Sinne gemeint – damit verbunden sind, dass man tatsächlich integrationswillig ist. Da handelt es sich wohl eher um ein Missverständnis. Auch ich bin der Meinung, dass wir gemeinsam dafür Sorge tragen sollen, dass auch die Hilfsleistungen dieses Hohen Hauses – sprich die Rechtsberatung des Landtages – gestärkt werden sollen. Das kann der Qualität unserer gemeinsamen Arbeit nur dienlich sein.

Zum Abgeordneten Leitner. Ich denke, dass es legitim ist, Koalitionen zu bilden und zu versuchen, dadurch die Mehrheit im Landtag zu erzielen. Wir werden das ja anschließend sehen. Es ist nicht so, dass meine Partei bei der Ernennung von Richtern des Rechnungshofes die Finger mit im Spiel hat. Auch wir haben das aus den Medien erfahren.

Sie haben zurecht die Frage nach der Beteiligung des Landes Südtirol an der Tilgung der italienischen Staatsschulden aufgeworfen. Es gilt immer noch das Mailänder Abkommen, was der italienische Verfassungsgerichtshof auch mehrmals bestätigt hat. Die italienische Regierung hat versucht und versucht immer noch, diesen Pakt einseitig zu brechen. Es ist bereits mehrmals in analogen Fällen vom italienischen Verfassungsgerichtshof festgestellt worden, dass dieser Bruch in dieser Form nicht zulässig und rechtswidrig ist. Somit gilt für uns das Mailänder Abkommen. Im Stabilitätsgesetz steht, dass genau dieser Punkt neu verhandelt werden soll, da die Regierung der Meinung ist, dass sie diesen Pakt in dieser Form nicht einhalten kann. Das bedeutet aber auch, dass es nicht möglich ist, ohne unsere Zustimmung aus diesem Pakt auszusteigen. Es muss also mit uns verhandelt werden. Es werden sehr spannende und wichtige Monate werden, denn bis Juni müssen wir verhandeln, in welcher Form diese Beteiligung stattfinden soll. Wir wollen das auf jeden Fall nicht in Form von Transferleistungen nach Rom machen. Wenn schon Beteiligung, dann in Form der Übernahme von Kompetenzen, damit das Geld in unserem Land eingesetzt werden kann.

Es ist gesagt worden, dass die Wörter "Demokratie" und "Umwelt" in der Regierungserklärung nicht oder nur kaum vorkommen würden. Man kann natürlich das Spiel machen und schauen, welche Wörter öfter oder weniger oft vorkommen. Wenn das Wort "Demokratie" auch nicht oft vorkommt, so kommen dafür die Wörter "Beteiligung", "Mitsprache" und "Dialog" umso öfter vor. Dasselbe gilt für das Thema Umwelt. Dort gibt es die Wörter "Natur- und Landschaftsschutz", "Ökologie" und "Ökosystem". Ich würde mich jetzt also nicht auf einen einzelnen Begriff festlegen, wenn dafür vielleicht ein Synonym verwendet worden ist.

Zum Abgeordneten Knoll. Sie rennen mit Ihrer Kritik bei mir offene Türen ein, denn in meiner Regierungserklärung sind sehr wohl eine Perspektive und eine Vision und nicht das "weiter wie bisher" das erklärte Ziel. Es geht auch um das Europa der Regionen, in das wir uns aktiv einbringen wollen. Wir wollen diesbezüglich eine Vorreiterrolle einnehmen, was im Übrigen auch für die Autonomie gilt. In diesem Sinne wollen wir das Autonomiestatut überarbeiten, weil wir die Autonomie weiterentwickeln wollen, auch im Hinblick auf die gesamteuropäische Perspektive.

Kollege Pöder, ich denke, dass wir bei der Familienpolitik schon den Ansatz haben, alle Formen der Kinderbetreuung zu unterstützen. Es ist ganz klar, dass wir neue Akzente setzen wollen. An konkreten Maßnahmen fehlt es in meiner Regierungserklärung nicht. Der Freibetrag auf den IRPEF-Zuschlag ist ein Ansatz, um die Kaufkraft zu stärken. Ich habe den Betrag von 20.000 Euro Betrag genannt, ohne aber der Debatte, die auch hier stattfinden wird, vorzugreifen. Das bedeutet nicht, dass den Reichen mehr gegeben wird, denn letztendlich leben weit über 90 Prozent der Bevölkerung in niedrigen bzw. mittleren Einkommensschichten. Die paar wenigen auszuschießen, würde also mehr bürokratischen Aufwand nach sich ziehen. Ich glaube, dass es ein vernünftiger Ansatz ist, einen Freibetrag festzulegen, der für niedrige Einkommen bedeutet, dass man überhaupt keinen IRPEF-Zuschlag zahlt, für mittlere Einkommen, dass man für die Hälfte des Einkommens keinen IRPEF-Zuschlag zahlt und für hohe Einkommen, dass man nur für einen kleinen Teil des Einkommens keinen IRPEF-Zuschlag zahlt, für den Rest hingegen schon. Das ist ein sozial ausgewogener Ansatz.

Kollegin Artioli, der Bürokratieabbau und die neue Auffassung von öffentlicher Verwaltung stehen im Zentrum unserer Bemühungen. Die Bürgerinnen und Bürger sind Klienten dieses Dienstes und müssen als solche und nicht als Untertanen wahrgenommen werden. Deshalb wird die Lösungsorientierung des Verwaltungsamtes, also des Büros des Beamten eingefordert. In Zukunft wird es also eine strengere Trennung von Politik und Verwaltung

geben. Ich kann auch schon ankündigen, dass die Position des Generaldirektors der Landesverwaltung von jener des Generalsekretärs getrennt werden wird, um das Management für die Verwaltungsorganisation getrennt von der Landesregierung zu sehen. In diese Richtung geht es also. Außerdem, Kollegin Artioli, möchte ich Ihnen noch sagen, dass die Zugverbindungen bereits in Planung sind. Es wird mit Jahresfrist Direktanbindungen im Stundentakt nach Innsbruck geben. Das ist bereits vom Kollegen Widmann vorbereitet worden und muss nur noch umgesetzt werden.

Kollegin Foppa, dass nur eine Frau in der Regierung zählen würde, möchte ich so nicht stehen lassen. Die neuen Mitglieder der Landesregierung und deren Kompetenzen werden im Rahmen der nächsten Landtagssitzung vorgestellt. Es wurde gesagt, dass man beabsichtige, den Frauen in der Landesregierung wieder einmal die unwichtigen und interessanten Themenbereiche zu geben. Wenn Sie von der einen Frau, die zählt sprechen, denken Sie wahrscheinlich an Frau Stocker, die die Bereiche Soziales, Gesundheit, Sport und Arbeit übernehmen soll. Recht viel zentralere Ressorts kann man sich gar nicht vorstellen, und zwar sowohl von der wirtschaftlichen, als auch von der gesellschaftlichen Bedeutung her. Das ist kein Ressort für "kleine Mädchen" und auch nicht traditionell. Das ist nämlich jenes Ressort, in dem wir ganz viel bewegen müssen, weil wir es an die neuen gesellschaftlichen Herausforderungen anpassen müssen. Nachdem wir beim Thema "traditionell" sind, kann ich vorwegnehmen, dass ich für die Kollegin Deeg geplant habe, dass sie das Thema des Bürokratieabbaus, die Reform der Verwaltungsorganisation und die Informatik übernehmen wird. Das ist kein klassisches weibliches Politikfeld, wenngleich sie auch den klassisch weiblichen Bereich der Familie über haben wird. Ich denke, dass auch dieses Ressort sehr gut angesiedelt ist, da es ein neues schlagkräftiges Ressort werden soll, mit dem die Familie in den Mittelpunkt der Gesellschaft gerückt werden soll. Ich nehme Ihre Kritik zur Kenntnis, wenngleich sie für mich nicht nachvollziehbar ist.

Ich danke dem Kollegen Heiss für den geschichtlichen Rückblick und auch für den Hinweis, wie sich das Rollenbild zu wandeln scheint. Wir werden es dann ja gemeinsam erleben. Mich haben die beiden Zitate von Brandt und Habermas gefreut.

Herrn Köllensperger habe ich in Bezug auf die Ökologie schon geantwortet. Ich nehme das Angebot einer sachlichen und konstruktiven Zusammenarbeit gerne an und stelle mit Freude fest, dass es diese Zusicherung von Seiten aller Fraktionen gibt. Mit einzelnen Fraktionen gibt es große Übereinstimmungen, was wir auch bei den Sondierungsgesprächen gesehen haben. Das gilt für die Grüne Partei, aber auch für die Partei der Freiheitlichen. Es hat aber nicht ausreichend und bei weitem auch nicht überall Schnittmengen gegeben. Trotzdem erwarte ich mir, dass es eine sachliche und konstruktive Zusammenarbeit geben wird, damit wir gemeinsam für dieses Land und seine Menschen arbeiten können.

Kollegin Klotz, dass der Staat die Rahmenbedingungen setzt, kann man nicht sagen. Es ist schon so, dass wir eine weitgehende Autonomie haben, um die uns viele in Europa beneiden, darunter auch die Katalanen in Katalonien. Dort findet massiv Aufruhr statt, denn sie sind bei weitem entfernt von dem Niveau an Selbstbestimmung, das wir in diesem Land erreicht haben. Es ist nicht so, dass die Errungenschaft, die Gemeindeimmobiliensteuer selbst regeln zu können, ein Trinkgeld wäre. Sagen Sie einmal unseren Unternehmern, Hoteliers und Handwerkern, dass das, was sie in den letzten Jahren an IMU gezahlt haben, ein Trinkgeld war. Das werden sie nicht gerne hören. Ich habe in meiner heutigen Regierungserklärung darauf verwiesen, dass wir diese Verantwortung wahrnehmen müssen, um Steuergerechtigkeit herzustellen, was nicht leicht sein wird. Diesbezüglich wird es spannende Debatten geben, und ich hoffe nicht nur hier im Plenum, sondern bereits im Vorfeld. Dort kennen wir die Probe aufs Exempel machen und schauen, ob wir in diesem Bereich gemeinsam einen vernünftigen Gesetzesvorschlag auf die Beine bringen.

Ich habe nicht davon gesprochen, dass die Identität gesichert ist, denn das würde nach endgültig klingen, was eine kulturelle Identität nie ist. Ich habe gesagt, dass die kulturelle Identität auf einer soliden Basis steht. Dazu stehe ich auch und ich denke, dass dem nur wenige widersprechen werden. Wir müssen aber ständig daran arbeiten, unsere kulturelle Identität zu stärken. Dazu dient ja die ganze kulturelle Arbeit, und in diesem Punkt werden wir uns wahrscheinlich auch einig sein.

Ich bin jetzt sicher nicht auf alle Wortmeldungen eingegangen, aber ich denke, dass es im Sinne aller hier Anwesenden ist, wenn ich es nicht unnötig in die Länge ziehe und die Debatte wieder von vorne beginnt. Wie gesagt, ich habe mir Notizen gemacht und es gäbe noch viele Punkte, auf die ich eingehen müsste. Ich sage schon jetzt, unabhängig vom Ausgang der Wahl: Sollte ich zum Landeshauptmann gewählt werden, werde ich mich wirklich bemühen, Ihre Anliegen, Vorschläge und Debattenbeiträge immer sehr ernst zu nehmen und daraus die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Vielen Dank!

**PRÄSIDENTIN:** Vielen herzlichen Dank für die Replik. Wir kommen jetzt zur Wahl des Landeshauptmannes/der Landeshauptfrau. Es gibt eine Regierungserklärung von zwei Parteien, aus der die Nominierung des Landeshauptmannes in der Person von Arno Kompatscher hervorgeht.

Ich ersuche nun um Verteilung der Stimmzettel und möchte noch darauf hinweisen, dass es eine namentliche Abstimmung ist.

*(Geheime Abstimmung – votazione a scrutinio segreto)*

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: 34 abgegebene Stimmzettel, 14 weiße Stimmzettel, 20 Stimmen für den Abgeordneten Kompatscher, der somit zum Landeshauptmann gewählt worden ist. Ich gratuliere ihm ganz herzlich zu dieser Wahl und wünsche ihm viel Glück, vor allem aber die Unterstützung von uns allen, die Bürgerinnen und Bürger miteinbezogen. Möge es uns gemeinsam gelingen, für dieses Land das Beste zu bewirken.

Herr Landeshauptmann, ich bitte Sie nun, in der Mitte der Regierungsbank Platz zu nehmen. Ich denke, dass Sie sicher einige Worte an uns alle richten möchten. Bitte.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Danke, Frau Präsidentin! Zunächst bedanke mich für das Vertrauen. Ich nehme dieses Amt mit großer Demut an und auch im Bewusstsein, dass es nicht leicht sein wird. Ich werde Ihre Mithilfe brauchen, damit die anstehenden Herausforderungen bewältigt werden können. Ich werde mein Bestes geben, denn dafür bin ich angetreten und das ist auch das Mindeste.

Erlauben Sie mir, wenn ich an dieser Stelle einige wenige Dankesworte spreche und zunächst mit Persönlichem beginne. Ich danke meiner Frau, dass sie immer zu mir steht. Ich danke natürlich meiner ganzen Familie, meinen Kindern, aber ganz besonders auch meinen Eltern, meinen Geschwistern und allen, die mich auf meinem bisherigen Weg begleitet und unterstützt haben, und zwar sowohl auf meinem beruflichen, als auch auf meinem politischen Werdegang in der Gemeindeverwaltung, im Gemeindenverband und in meiner Partei. Ich bedanke mich bei meiner Fraktion, aber auch bei der Fraktion des Partito Democratico für das Koalitionsabkommen, das wir gemeinsam zustandegebracht haben. Ich bedanke mich natürlich auch für die weitere Zustimmung, die ich erhalten habe. Ich möchte wirklich versuchen, das, was im Programm steht, so anzugehen, wie ich das angekündigt habe und auch so, dass spürbar wird, dass die Politik für die Bürgerinnen und Bürger da ist. Wir sind der Gesellschaft als ganzer verpflichtet und nicht Einzelinteressen. Ich will versuchen, dieses Amt so auszuüben und zähle dabei auf Ihre Mithilfe.

Ich darf mich auch noch beim geschätzten Präsidenten des Tiroler Landtages Herwig van Staa dafür bedanken, dass er die Zeit gefunden hat, hier herzukommen. Auch ich sehe das als schönes und sehr wichtiges Zeichen. Ich darf an dieser Stelle auch sagen, dass mein Antrittsbesuch in Innsbruck beim Kollegen Platter bereits geplant ist. Er wird am Dienstag stattfinden, wobei es natürlich einen weiteren Austausch geben wird.

So und jetzt heißt es: Ärmel hoch und an die Arbeit! Nochmals danke!

**PRÄSIDENTIN:** Ich darf Ihnen allen dafür danken, dass Sie hier gewesen sind und uns an diesem für Südtirol wichtigen Tag begleitet haben. Ich bedanke mich bei den Wegbegleiterinnen und Wegbegleitern von Arno Kompatscher und bei den Medienvertretern. Vor allem aber bedanke ich mich bei Ihnen, sehr geehrte Abgeordnete des Südtiroler Landtages, für die Stellungnahmen, die vermuten lassen, dass wir in wichtigen Momenten Ihre Unterstützung haben werden.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Ich entlasse Sie nun in die verdiente Mittagspause.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ore 13.36 Uhr

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:**

**Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ARTIOLI (15)

DELLO SBARBA (9)

FOPPA (17)

HEISS (18)

KLOTZ (21)

KNOLL (13)

KÖLLENSPERGER (20)

KOMPATSCHER (2, 24, 27)

LEITNER (11)

PÖDER (14)

STEGER (23)

TOMMASINI (22)